

# Arbeiter-Zeitung

Montag, 27. Januar 1930  
12. Jahrgang, Nummer 22

**Agony vom Kommando!**

**für Schlesien und Oberschlesien**  
Organ der A.P.D., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verkaufsstellen: Breslau 10, Trebnitzer Str. 10, Tel. 500 89.  
Breslau 44, W. Wallstr. 44, Tel. 230 02.  
Breslau 11, W. Wallstr. 11, Tel. 130 04.  
Breslau 12, W. Wallstr. 12, Tel. 130 04.  
Breslau 13, W. Wallstr. 13, Tel. 130 04.  
Breslau 14, W. Wallstr. 14, Tel. 130 04.  
Breslau 15, W. Wallstr. 15, Tel. 130 04.  
Breslau 16, W. Wallstr. 16, Tel. 130 04.  
Breslau 17, W. Wallstr. 17, Tel. 130 04.  
Breslau 18, W. Wallstr. 18, Tel. 130 04.  
Breslau 19, W. Wallstr. 19, Tel. 130 04.  
Breslau 20, W. Wallstr. 20, Tel. 130 04.  
Breslau 21, W. Wallstr. 21, Tel. 130 04.  
Breslau 22, W. Wallstr. 22, Tel. 130 04.  
Breslau 23, W. Wallstr. 23, Tel. 130 04.  
Breslau 24, W. Wallstr. 24, Tel. 130 04.  
Breslau 25, W. Wallstr. 25, Tel. 130 04.  
Breslau 26, W. Wallstr. 26, Tel. 130 04.  
Breslau 27, W. Wallstr. 27, Tel. 130 04.  
Breslau 28, W. Wallstr. 28, Tel. 130 04.  
Breslau 29, W. Wallstr. 29, Tel. 130 04.  
Breslau 30, W. Wallstr. 30, Tel. 130 04.

## Schlichtungsverhandlungen im Bergbau Waldenburg

### Die Gewerkschaftsbürokraten schweigen — Bergarbeiter, brecht die Sabotage Organisiert den Kampf unter Führung der Opposition

Waldenburg, 27. Januar.  
Die ersten Schlichtungsverhandlungen für den niederschlesischen Bergbau haben stattgefunden. Das Ergebnis ist noch nicht bekannt, da die Gewerkschaftsbürokraten sich in Schweigen hüllen und den Arbeitern keinen Bericht geben. Sie haben wahrscheinlich die Absicht, mit einem endgültigen Ergebnis die Bergarbeiter zu überrumpeln, um sie zu hindern, einen Kampf über die Köpfe der Verbandsführer zu organisieren.

Belanntlich fällt der Lohnsatz für den niederschlesischen Bergbau am 31. Januar ab. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat schon vor langer Zeit die Forderung des Tarifs gefordert und auf der Revierkonferenz konkrete Lohnforderungen vorgeschlagen. Danach soll der Kampf für 7,50 Mark Dauermindestlohn und 8,60 Mark Dauerdurchschnittslohn aufgenommen werden. Die Löhne der anderen Gruppen sollen in einem ähnlichen Verhältnis erhöht werden, wobei die Löhne der schlechter bezahlten Gruppen relativ höhere Verbesserungen erfahren sollen. Auf Befürwortung der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokraten lehnten die ihnen treu ergebenen Funktionäre die von der Opposition vorgeschlagenen Forderungen ab, obwohl feststeht, daß der

Reallohn eines Waldenburger Bergmannes gesunken, die Leistung aber in stetigem Steigen begriffen ist. Bei der Aufstellung der Lohnforderungen schalteten die Gewerkschaftsbürokraten die Arbeiter und selbst die Funktionäre aus. Die „Forderungen“ wurden in der Bezirksleitung formuliert und lauteten auf eine 10-prozentige Erhöhung aller Löhne. Jergendwelche vorbereitende Kampfmaßnahmen hat die Gewerkschaftsbürokratie bisher nicht unternommen (und wird es auch nicht tun): Es fanden keine Versammlungen statt. Nicht ein einziges Flugblatt wurde herausgegeben. Die sozialdemokratische „Bergmacht“ hat nicht eine Zeile zu dem Lohnkampf im Bergbau geschrieben.

Bergarbeiter, noch ist es Zeit, die Sabotage der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokraten zu brechen! Scharf euch um die Opposition, die durch ihre praktische Arbeit beweisen hat, daß sie die einzige Kraft ist, die rücksichtslos für eure Interessen eintritt. Die Opposition hat nicht nur rechtzeitig konkrete Lohnforderungen ausgearbeitet, sondern auch sofort die Bergarbeiter zu Versammlungen aufgerufen und ein Flugblatt in einer Massenaufgabe herausgebracht.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition fordert alle Arbeiter auf, Kämpfe für Lohnerhöhung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu organisieren und stellt sich an die Spitze. Zum Ausdruck der bisherigen Erfahrungen und Festlegung des Kampfplanes für die nächste Zeit beruft sie für den 8. und 9. Februar nach Breslau einen Bezirkskongress ein. Jeder Betrieb, jede Gewerkschaftsorganisation, jede Stempelstelle muß auf diesem Bezirkskongress vertreten sein. Dort wo eine Delegation bisher noch nicht gewählt ist, muß das sofort geschehen.

Der Lohnkampf im Waldenburger kann nur dann von Erfolg sein, wenn er unter Führung von in Delegationsversammlungen gewählten Leitungen über die Köpfe der Gewerkschaftsbürokraten und gegen ihren Willen organisiert und entfesselt wird. Deshalb, Bergarbeiter, tretet zu Versammlungen zusammen! Wählt Kampfleitungen! Erweitert die bereits bestehenden! Solidarisiert euch mit den von der Opposition vorgeschlagenen Forderungen! Setzt der Schlichtungsprozess den schärfsten Kampf an! Ihr seid stark genug, im offenen geschlossenen Kampf gegen das Unternehmertum und seine Verbündeten die Erfüllung der aufgestellten Forderungen durchzusetzen!

### Weitere Delegierte zum Oppositionskongress in Breslau

Schweidnitz, 27. Januar. In einer von der Opposition einberufenen Genossenschaftsversammlung wurde beschlossen, einen Delegierten zum Bezirkskongress zu entsenden.

Beuthen a. d. O., 27. Januar. Die Erwerbslosen von Beuthen wählten in einer Versammlung zwei Delegierte zum Oppositionskongress in Breslau.

Sagan, 27. Januar. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition rief die Textilarbeiter von Sagan zu einer Versammlung auf. Nach einem Referat des Kollegen Seppert über die Ausbürgerungs-

offensive der Unternehmer und die bevorstehenden Betriebsratswahlen wählten die Versammlungen zwei Kollegen als Delegierte zu dem Bezirkskongress der Opposition.

### Verprügelt und hinausgeworfen

Freystadt, 27. Januar. Am Freitag vergangener Woche fand in Freystadt eine Versammlung der Arbeiter statt, in der der sozialfaschistische Geschäftsführer Buerkert einen Bericht über den Neuabschluss des Tarifes gab. Er drohte die üblichen Phrasen, die da lauten: „Auch wir sind mit den neuen Tarifen nicht zufrieden, doch es war beim besten Willen nicht mehr herauszuholen.“ Die versammelten Arbeiter hatten jedoch wenig Verständnis für die Argumente des Sozialfaschisten. Sie schrien ihn nieder, und als der Ge-

## Demonstrationsverbot durchbrochen

### Hamburgs Arbeiterschaft erobert die Straße — Polizei schießt auf die Demonstranten

Hamburg, 27. Januar. (Eig. Trauther.) Am Freitagabend 20 Uhr hatte die A.P.D. zu einer Lenin-Liebkecht-Luzemburg-Kundgebung für Hamburg aufgerufen. Aus allen Stadtteilen rückten die Arbeiter trotz Demonstrationsverbot in geschlossenen Zügen nach Sengelbiel. Aus Neustadt, St. Pauli, über den Großen Neumarkt ein trass disziplinierter Zug von über tausend revolutionären Arbeitern, unter dem Gesang revolutionärer Lieder.

Aus der Neustädter Straße stürzte sich ein Ueberfallkommando auf den Zug, wagte aber nicht, anzugreifen. Eine Kassamacherreihe und Dammtorstraße, dem Zugang nach Sengelbiel, schlug die Schupo auf die Arbeiter ein und versuchte den Zug aufzulösen. Geschlossen wehrte die Arbeiterschaft den Versuch ab. Jetzt rückte der Zug von Hammerbrook durch die Dammtorstraße an. Beim Einschwenken in die Kassamacherreihe versuchte die Schupo abermals, auch diesen Zug auseinanderzubauen, als ihr das nicht gelang,

Schäftsführer frech werden wollte, verabreichten sie ihm und dem Bestreiter eine gehörige Tracht Prügel und warfen beide aus dem Saale heraus.

### Geschlossen hinter der Opposition

Landeshut, 27. Januar. Bei den Generalversammlungen der Zimmerer und Bauarbeiter, entschied sich die Mehrheit der Kollegen für die Opposition. Ausführlichen Bericht siehe im lokalen Teil.

### I.-I.-I.-Feiern in geschlossenen Räumen aufgelöst

Düsselbors, 27. Januar. Am Freitag wurde in Düsselbors die I.I.I.-Feier 20 Minuten nach Beginn der Kundgebung für aufgelöst erklärt. Als Vorstand wurde angegeben, daß einige Arbeiter die Redner mit „Rot-Front“-Rufen begrüßt hätten. Das Versammlungsverbot war bereits vorher durch den sozialfaschistischen Polizeipräsidenten vorbereitet worden, der ein ungeheures Aufgebot an Polizei mit Karabinern und Maschinengewehren geschickt hatte. Die Arbeiter beantworteten diese Provokation durch Masseneintritt in die kommunistische Partei. Allein in der Versammlung wurden 88 Aufnahmen für die A.P.D. geschäft.

München, 27. Januar. Mit derselben verlogenen Begründung wie in Nürnberg hat nunmehr auch die Münchener Polizei die I.I.I.-Feier im geschlossenen Saale verboten. Wie Worms und Düsselbors die sozialfaschistischen, so haben auch in Nürnberg und München die deutschnationalen Polizeipräsidenten dem Sozialistischen Kommunistengleich bereits vorgeschrieben und auch geschlossene Versammlungen für revolutionäre Arbeiter verboten.

ferierte sie in die Massen und verbündete einen Jungarbeiter schwer durch Beinschuß.

Am selben Augenblick rückte der Altona-Ginsbitteler Zug an. Die Auseinandersetzung des Zuges mißlang. Die Sipo verhaftete drei Arbeiter. Da die Kundgebung bei Sengelbiel von Tausenden von Arbeitern überfüllt ist, mußten Parallelversammlungen werden.

Trotz Parallelversammlungen war es nicht möglich, alle die anströmenden Arbeiter unterzubringen. Da die Massen vor dem Parteibüro, Valentinskamp, sich häuften, rückte ein verführtes Ueberfallkommando an, um die Straßen abzuklären. Trotz brutalen Vorgehens der Sipo konnte diese nicht verhindern, daß die Massen ihren festen Willen bekundeten, gegen jedes Demonstrationsverbot des sozialfaschistischen Polizeigenators Schönsfelder zu kämpfen.

## Bergdebatte im Landtag

### Sozialfaschistisch-bürgerliche Einheitsfront gegen die Bergarbeiter

Berlin, 27. Januar.

Der Landtag ist jetzt in der Etatsberatung bei der preussischen Bergverwaltung angelangt. Mit der Beratung dieses Haushaltsabschnittes wurde zugleich die Debatte über eine Reihe von rassistischeren Anträge verbunden. Diese betreffen die Mißhandlung von Bergarbeitern auf der Zeche „Minister Adenbach“, die Unglücksfälle im oberchlesischen Steinkohlenrevier und in den Delbrückschächten, das Verlangen der Unternehmer an die Bergarbeiter, Ueberhöchsten zu verfahren, die Mieterhöhungen in den Bergarbeiterwohnungen und die Verkürzung der Schichtzeit der Ruhrbergarbeiter, die einen weiten Weg zur Arbeitsstelle haben.

Der inoffizielle Scharfmacherminister der Großausbeuter, Dr. Schreiber, der nunmehr durch Erweiterung der „kleinen“ zur „großen“ Koalition einen offiziellen Vertreter des Schwerkapitals im Handelsministerium Platz machen wird, leitete die Debatte durch eine längere Rede ein. Er mußte zugeben, daß der Kohlenbergbau im Jahre 1929 eine Sonderkonjunktur durchgemacht hat. Die Steinkohlenförderung war in diesem Jahre um rund 12 Millionen Tonnen, die Braunkohlenförderung um rund 8 1/2 Millionen größer als im Jahre 1928. Das verfloßene Jahr war also für die Grubenbarone sehr profitreich. Auch der Kohlenausgangshandel, erklärte der Minister weiter, habe sich erfreulichere Weise wesentlich erhöht. Auch die sozialfaschistischen Gesellschaften hätten von der Entwidlung Vorteile gezeigt, so daß der preussische Staat habe Dividenden verteilen können. Trotzdem machte der Minister die Lage der Kohlenindustrie schwarz in schwarz, um die Bergarbeiter vom Kampf um höhere Löhne abzuhalten.

Der sozialdemokratische Minister Franz vertrieb es, auch nur mit einem Worte gegen die Ausführungen des Ministers zu polemisieren. Er unterließ sogar die Schwarzmalerei des Ministers, indem er davon sprach, man habe zwar genügend Kohle in die

Jördersteigerung, aber die wirtschafliche Lage habe sich nicht gebessert. Es ist das die Methode der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokraten, die Bergarbeiter von Lohnkämpfen abzuhalten.

Genosse Sobotta hielt in einer einständigen, glänzend pointierten Rede Abrechnung mit dem Ausbeutungsstern in den Privat- und Staatsgruben. Die pessimistische Beurteilung der Lage durch den Handelsminister hat nur den einen Zweck, den Unternehmern das Schwere zu geben, jede Lohnerhöhung abzulehnen. Die gegen die Bergarbeiter gerichtete Scharfmacherpolitik des demokratischen Handelsministers wird von allen Parteien mit Einschluß der Sozialfaschisten gebilligt. Die Lage im Bergbau kennzeichnet sich durch eine angehende Leistungssteigerung, durch Auerberei, Steigerung der Produktion und damit der Profite bei gleichzeitiger Verminderung der Beschäftigten um rund 60 000 Arbeiter. Von einer Erhöhung der Reallohn der Bergarbeiter kann nicht gesprochen werden, denn die Steigerung des Nominallohnes um 2 1/2 Prozent wird nur ein Mehrmaßes wettgemacht durch die Steigerung allein der Mieten, von der Verteuerung der übrigen Lebenshaltungskosten gar nicht zu reden. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß der Reallohn der deutschen Bergarbeiter 10 bis 15 Prozent niedriger ist als in der Vorkriegszeit.

Am Sonnabend wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Sämtliche bürgerlich-sozialdemokratische Redner stimmten ihre Ausführungen auf den Ton: Wenn es dem Bergkapital gut geht, dann profitieren auch die Bergarbeiter. Die von den Kommunisten gestellten grundsätzlichen Anträge wurden von den Sozialfaschisten in Einheitsfront mit allen anderen Parteien im Hauptausschuß abgelehnt. Die A.P.D. selbst stellt nur Anträge, die die Regierung zu nichts verpflichten und daher nur besagen, die Rechte der Bergarbeiter zu erneuern. Doch das wird ihr auf die Dauer nicht gelingen. Die Not ist ein harter Lehrentwurf.



# Der Schuldige des Mai-Blutbads

**Jörgiebel unter Anklage — Staatsanwaltschaft und Gericht vertuschen — Auch das bürgerliche Klassengericht kann die Schuld Jörgiebels an den 33 Opfern des Blut-Mai nicht ableugnen! — Macht Schluß mit der Mörderpartei!**

Sonabend fand unter riesigem Schupoangebot im Kriminalgericht zu Moabit bei förmlichem Kriegsgericht die erste Probe der „Rote Fahne“ gegen Jörgiebel statt. Angeklagt war der Redakteur, Genosse Firl, wegen eines Prozeßberichtes, in dem der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin als „Massenmörder und Arbeiterschlächter“ gekennzeichnet wurde. Die „Rote Fahne“, ihr angeklagter Redakteur und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Apfel, hatten für die Verhandlung einen umfangreichen Wahrheitsbeweis vorbereitet. Durch weit über fünfzig Zeugen und Sachverständige, die zum überwiegenden Teil nicht zur kommunistischen Partei, sondern zu ihren Gegnern gehören, sollte der Beweis erbracht werden und konnte der Beweis erbracht werden, daß die Bezeichnung „Massenmörder“ auf den Polizeipräsidenten zutrifft.

Das Gericht und die Staatsanwaltschaft lehnten alle Beweisangebote im höheren Auftrag des preussischen Justizministeriums, der Braun-Grzesinski-Regierung ab, um durch diese großartige Vertuschungsaktion die Aufdeckung der Wahrheit über die Blut-Mai Jörgiebels zu unterbinden.

Aber gerade die Angst, mit der der bürgerliche Staat und seine Justizbehörden nicht wagten, die Vorgänge des 1. Mai auch nur vor dem Forum eines ihrer Klassengerichte zum Beweis zuzulassen, diese feige Angst zeigt das Schuldbewußtsein des Herrn Jörgiebel, das Schuldbewußtsein der Regierung!

Diese Vertuschungsaktion, die Herrn Jörgiebel reinwaschen sollte, hat ihn in Wahrheit gerichtet!

Oder ist es „Heldenmut“, wenn Herr Jörgiebel nicht wagt, als Nebenkläger in den Prozessen gegen die „Rote Fahne“ selbst im Gerichtssaal zu erscheinen?

Oder ist es „Heldenmut“, wenn der Vorsitzende der geistigen Gerichtsverhandlung und der politische Oberstaatsanwalt Köhler sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, daß neben dem verantwortlichen Redakteur auch der — auf eigenen Wunsch benannte — Verfasser des Artikels, Genosse Firl, vor der Schranke des Gerichts auszusagen dürfe?

Das Gericht, das den Wahrheitsbeweis unterband, kann die Wahrheit nicht unterdrücken. Das Gericht hat ein Urteil von 600 Mark Geldstrafe gefällt. Aber es mußte doch selber zugeben, als es die Erhebung des Wahrheitsbeweises ablehnte, daß aus den unter Beweis gestellten Tatsachen

„höchstens der Schluß gezogen werden könne, daß Jörgiebel die Verantwortung für die Todesopfer anlässlich der Maidemonstration getragen hat“.

Diese Feststellung aus dem Munde des bürgerlichen Gerichts ist ein Skandal für den Sozialdemokraten Jörgiebel, ein Skandal für die Sozialdemokratie!

Als der Verteidiger in seinem Schlußwort ausdrücklich feststellte, daß selbst der Oberstaatsanwalt Köhler als Anklagevertreter peinlichst vermieden habe, in seinen mehrfachen Reden sich auch nur mit einer Silbe schickend vor die Taten Jörgiebels im Mai 1929 zu stellen, da schickte der öffentliche Ankläger, selbst er, der den Wahrheitsbeweis im Auftrage des Ministeriums bekämpfte, wagte es nicht, sich mit Jörgiebel zu solidarisieren!

Das Gericht, das die Zeugenaussage des Genossen Firl ablehnte, mußte ausdrücklich als wahr zugeben, daß die kommunistische Partei und das Komitee besonderen Nachdruck darauf legten, daß die kommunistischen Arbeiter am 1. Mai unter Wasser demonstrieren. Das Gericht mußte als wahr zugeben, daß SPD-Künstler bekannte Verleumdungen, wonach die SPD-Bezirksleitung schon vor dem 1. Mai mit „200 Toten“ gerechnet habe, unwahr gewesen sind. So hat es Herr Künstler, der Führer der Berliner SPD, — und mit ihm die Serieing, Grzesinski und Jörgiebel — nunmehr selbst aus dem Munde eines bürgerlichen Gerichts Wort auf Wort.

daß ihre frechen Behauptungen über kommunistische Vortuchpläne am vergangenen 1. Mai gerichtsnotorische Lügen waren!

## Jörgiebels Gummihüpfel schüngen den Prozeß

Bei dem Prozeß der „Rote Fahne“ gegen Jörgiebel, der Sonnabend vor dem erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte im Kriminalgericht zu Moabit stattfand, bemühte sich der Jörgiebel, möglichst naturgetreu die Kulissen zu errichten, die einen in jene unergieblichen Schlupflöcher des Mai 1929 zurückzuführen. Auf dem Platze vor dem Kriminalgericht ein hartes Aufgebot von Schupo, in den Zugangsstraßen zum Gerichtssaal Schupo, vor dem Portal Schupo, auf den Stiegen Doppelposten von Schupo, vor dem Eingang zum Schwurgerichtssaal Schupo, die gleichsam einen Triumphbogen für das Klassengericht bildeten, die Wächter im Gebäude selbst bis zum Seiten voll mit Schupo.

## Die Toten klagen an

Unter großer Bewegung im Saale verließ der Verteidiger Dr. Apfel aus dem Beweisangebot, daß 33 Personen in den Tagen vom 1. bis 5. Mai 1929 in den Straßen von Berlin getötet worden sind. Bei diesen Worten erhoben sich der Angeklagte, der größte Teil der Presse einschließlich der bürgerlichen Journalisten und der überwiegende Teil der Zuhörer von ihren Sitzen. Stehend vernahmen sie die folgende Rede von Dr. Apfel: „Nur der Vertreter des „Vorwärts“, des Blattes, das mit die Hauptschuld an diesem Massenmord trägt, und einige Vertreter der Hugenbergs- und Ullstein-Presse bleiben auf ihren Plätzen sitzen.“

Die Beweisangebote der Verteidigung fordern die Akten der gesamten Mai-Prozesse an, aus denen hervorgeht, daß von den insgesamt 54 Verfahren und 78 Beschuldigten selbst von den bürgerlichen Gerichten 45 Prozent unbefristet blieben (!) und der Rest zu geringen Geld- und Freiheitsstrafen verurteilt werden konnte. (!) Aber 35 Verurteilte in Berlin wurden wie Hühner in den Straßen niedergeschlagen, wie Vögel von ihren Balkonen abgehossen!

Die Verteidigung verließ sodann unter starker Bewegung im Saale eine Reihe von Zeugenaussagen über das Blutbad Jörgiebels in den Maitagen in den Straßen von Berlin. Wir zitieren aus dem überwältigenden Beweismaterial nur folgende Fälle:

### Frau mit Kind niedergeschlagen

Der Kaufmann Paul Holzhaus, Berlin, soll beklunden:

„Ich kam am 1. Mai gegen 15 Uhr an der Ecke Dragoner- und Steinstraße vorbei und konnte dort, während ich mich mit einigen Geschäftsleuten unterhielt, beobachten, wie die Polizei sich auf das Publikum stürzte. Die Leute schühten. Ich selber zog mit in einen Hausflur des Hauses Dragonerstraße 6a zurück und beobachtete, wie eine Frau, ungefähr Anfang der 40er, mit einem etwa 4jährigen Kind in den gegenüberliegenden Hausflur Dragonerstraße 44 hinein sich rettete. Zwei Beamte liefen ihr nach und gleich darauf sah ich, wie die Hände am Kopf hielt, aus dem Hausflur stürzte und die 4 Stufen herunterfiel auf die Straße, und das Kind mit ihr. Die Frau blieb dort liegen, bis sie bald darauf von Zivilpersonen fortgetragen wurde. Die Polizei hat sie ruhig liegen lassen. Direkt vor dem Hausflur 6a, in dem ich stand, wurde ein junger Mann angeschossen; er brach zusammen: Verblutet. Die Polizei ließ ihn liegen. Junge Leute trugen ihn später fort.“

### Am Arm der Braut erschossen

Frau Anna Schrader, geborene Engel, Berlin, soll beklunden:

„Mein Bruder Otto Engel ging am 3. Mai, abends 9¼ Uhr, vom Elternhaus weg, um seine Verlobte, die am Virchow-Krankenhaus wohnte, nach Hause zu begleiten. Des schönen Wetters wegen wollten sie zu Fuß gehen, kamen aber nur bis zur Gerichtstraße an der Volksbadanstalt. Dort rieten ihnen entgegenkommende Passanten, nicht weiter zu gehen, da am Wedding geschossen werde. Darauf kehrten die jungen Leute sofort um und wollten in die Kunststraße einbiegen, um so weiterzukommen.“

Im nächsten Augenblick fielen zwei Schüsse. Der zweite traf meinen Bruder. Er ist hinterwärts am Arm seiner Verlobten erschossen worden. Dieser Vergang spielte sich außerhalb des Abfertigungsabtes ab.“

Augenzeuge ist einer der Arbeiter amarter, der kurz hinter den Schupoabteilungen ging und gesehen hat, wie dieser Beamte schuß. Mein Bruder war trotz seiner Jugend ein tüchtiger und friedlicher Junge, in der Arbeit bei allen, die ihn kannten, beliebt.“

Ich habe diese Darstellung, ohne daß sie widersprochen worden wäre, Anfang Mai in der „S. Z. am Mittag“ veröffentlicht.“

### Kopfschuß durch das geschlossene Fenster

Mechaniker Herbert Fuchs, Neuföhn, wird beklunden:

„Ich kam am 1. Mai um 23.30 Uhr von meiner Arbeit nach Hause; als ich etwa eine halbe Stunde zu Hause war, hörte ich das Herannahen eines schweren Autos. Ich ging mit meiner Schwester zusammen an das Fenster, von wo aus wir ein Panzerauto bemerkten, dem ein Ueberfallswagen mit etwa fünfzehn Polizisten folgte. Nichts Gutes ahnend, ging meine gerade an der Achse eine arbeitende Mutter an das Fenster, um den linken Hügel zu schließen.“

Als der Ueberfallswagen schon in Wagenlänge am Fenster vorbeifahren war, fiel meine Mutter, von einem Schuß rechts neben der Wange getroffen, um und war sofort tot. Der Schuß ist hinter dem rechten Ohr ausgefallen.“

### Sämtliche Beweisangebote abgelehnt!

Nach der Verlesung der Beweisangebote durch die Verteidigung ergreift der Oberstaatsanwalt Köhler das Wort, bekannt durch seine „Verfolgung“ der weißgardistischen Spigel und Jülicher Oeffi. Auch diesmal bemüht er sich, zweifellos im Auftrage höherer Stellen, allerdings zur Rettung des Mai-Jörgiebel, die wahren Hintergründe dieses Prozesses zu verschleiern, der Verteidigung die Möglichkeit der Beweisführung zu rauben. Gleichsam mit einer Handbewegung will er sich über die ungeheuerlichen Greuelthaten der Jörgiebel-Polizei durch

Ablehnung sämtlicher Beweisangebote der Verteidigung hinwegsetzen.

Der Verteidiger, RA Dr. Apfel, weist in einer scharfen Rede nochmals auf die ungeheuerliche Tatsache hin, daß trotz der Massenmördererei in den Straßen Berlins am 1. Mai 1929 Untersuchungen eingeleitet worden sind.

Durch die Ablehnung der Beweisangebote, so ruft er in den Saal, ist in Zukunft jede Scheregei gebilligt. Wenn es sich um ein defektes Grafschloß handelt, der fernem Vater erschossen, oder ein Kommando, das geschloßen hat, oder wenn ein Anleihennehmer auf der Anleihebank ist, da wird der gesamte Apparat in Bewegung gesetzt, da wird bis in die letzten Verstecke der Seele der Angeklagten hineingeleuchtet. Wenn aber von 33 niedergeschlagenen Menschen die Rede ist, da will niemand etwas wissen! Warum kommt die Staatsanwaltschaft nicht mit Gegenbeweisen gegen unsere Beweisangebote? Weil hier etwas vertuscht werden soll! (Große Bewegung im Saale.)

Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück und verkündet nach anderthalbstündiger Pause seinen Beschluß.

Sämtliche Beweisangebote der Verteidigung als un- erheblich abzulehnen. (!)

## Die SPD. fürchtet die Klärung der Schuldfrage

Der Genosse schildert, wie die „Rote Fahne“ immer und immer wieder versucht hat, eine öffentliche Klärung der Schuldfrage über die Vorgänge in den Maitagen herbeizuführen, und wie sich Jörgiebel und der Justizapparat gewehrt haben, der „Rote Fahne“ vor den Schranken des Gerichts die Möglichkeit einer derartigen Klärung zu geben. „Der Prozeß, der gegen die „Rote Fahne“ wegen der Vorbereitung der 1. Mai-Demonstration angestrengt wurde, gab uns die erwünschte Gelegenheit, mit dem Märchen aufzuklären, daß sich die Funktionäre der SPD. vor der Verantwortung drücken wollten.“

Die von den Angeklagten in jenem Prozeß gebrauchten Ausdrücke sind heute Gegenstand der Anklage, trotzdem die kommunistische Partei eine Broschüre „Die blutigen Maitage in Berlin“ herausgab, die noch in viel schärferer Weise die Schuld Jörgiebels an den Maimorden darstellte. Diese Broschüre wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt aber bis heute wurde noch kein Verfahren eingeleitet.

Wir hoffen, daß uns die Staatsanwaltschaft noch Gelegenheit geben wird, in einem späteren Prozeß den Wahrheitsbeweis für die Blut-Mai Jörgiebels zu erbringen, die wir mit Worten bezeichnen, die 605 000 Berliner Einwohnern aus dem Herzen gesprochen sind. Für heute interessiert uns nicht die Person Jörgiebels, sondern der Jörgiebel als sozialdemokratischer Polizeipräsident von Berlin. Wenn wir die Macht übernehmen werden, dann kommt die Stunde, wo wir uns auch für die Person des Herrn Jörgiebel interessieren werden.“ (Starker Beifall im Zuschauerraum.)

Im Plädoyer erklärt der Staatsanwalt von neuem, daß nicht die berechtigte oder unberechtigte Kritik, die seitens der „Rote Fahne“ geübt wurde, geprüft werden kann, sondern lediglich die Schuldfrage der formalen Verteidigung. Unter lauten Empörungsrufen der Zuhörer beantragt der Staatsanwalt 1000 Mark Geldstrafe.

Rechtsanwalt Dr. Apfel beginnt sein Plädoyer mit den Worten:

„Ich betone, daß auch der Herr Oberstaatsanwalt sowohl vormittags in seiner Replik wie nachmittags in seinem Plädoyer es unterlassen hat, sich auch nur mit einem Worte vor die Handlungen des Polizeipräsidenten Jörgiebel zu stellen.“

„Wenn 33 Menschen“ so führt er aus, „sinnlos nieder geschossen werden, und die „Rote Fahne“, die mit den Kreisen der Ermordeten aufs engste verbunden ist, dafür bestraft werden soll, wenn sie ihrer Empörung Ausdruck verleiht, so ist das eine Strafe, die sie sich zur Ehre rechnen kann. Sie verlangen, Herr Staatsanwalt, Schutz der Ehre. Erhöhen Sie, Herr Staatsanwalt, die Sicherheit der Bevölkerung auf dem Berliner Pflaster! (Große Bewegung im Saal. Der Vorsitzende droht, den Zuschauerraum räumen zu lassen.) Unflüchlich der Moabitler Maffaker zu Wilhelmus Zeiten, als die Säbel der Polizei unter der Bevölkerung wüteten, da wurden so fort unter Suchung ange stellt. Und heute, wenn 33 Tote auf das Pflaster gestreut werden, so ist es, als ob es ein Butterbrot wäre!“

## Jörgiebels Taten werden geklärt im proletarischen Deutschland

Genosse Firl führte in seinem Schlußwort u. a. aus:

„Die Verteidigungsmöglichkeiten der Kommunisten vor einem bürgerlichen Gericht sind gering. Der Oberstaatsanwalt hatte die Feststellung, daß das Tribunal zur politischen Szene wird, wenn die Vorgänge des 1. Mai hier in aller Öffentlichkeit aufgerollt werden. Die bisherige Prozeßführung hat bewiesen, daß das Tribunal des Klassengerichts zu einer Farce geworden ist. (Vorländer rät diese Ausführungen.)“

Die „Rote Fahne“ hat wenig getan, als sie Jörgiebel das nannte, was er in der Vorbereitung hunderttausender Berliner Arbeiter, hunderttausender Arbeiter im übrigen Deutschland, Millionen Arbeiter auf dem europäischen Kontinent, in allen Weltteilen, auf dem letzten Teil der Erde, in der Sowjetunion,

Der Oberstaatsanwalt spricht von „politischer Verrohung“ der Schreibweise, er verweist darauf, daß Jörgiebel vor keinem Gericht, vor keinem Disziplinarhof bestraft oder seine Handlungen kritisiert wurden. Jörgiebel wird kein Tribunal im bürgerlichen Deutschland finden. Er wird so wenig bestraft werden wie irgend ein anderer Staatsfunktionär der kapitalistischen Republik. Jörgiebels Taten werden erst eine Sühne finden vor einem Tribunal in einem proletarischen Deutschland, wenn die Arbeiter unter Führung der kommunistischen Partei ihre Macht aufgebracht haben. Dann wird es nicht mehr möglich sein, daß am Weltkampftag der Arbeiter, am 1. Mai, auf den Straßen einer der Weltstädte 35 Arbeiter erschossen werden. Das Gericht kann kein Urteil fällen, hart oder mild.

Die Ehre des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten kann es niemals wiederherstellen. Wenn längst die Akten dieses Prozesses vernichtet sein werden, wird das Bild Jörgiebels in der Geschichte einer dann bestreiten Möglichkeit fortleben als das Bild eines Massenmörders, eines Arbeitermörders.“

Starker Beifall im Zuschauerraum, der Vorsitzende rät die Zuhörer aufzuklären.)

Das Urteil des Gerichts, laute auf 600 M. Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis.



Das Zwangsstatut im A.-L.- und -Spbd.

Alle Versuche der Instanzen der Bünde, durch Drohungen oder Versprechungen den immer stärkeren Willen der Mitgliedschaft zum Klassenkampf zu lenken, sind vergeblich gewesen.

Besonders dem Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes war jedes Mittel recht, die Mitgliedschaft bei der Stange zu halten.

Nach den Satzungen der Vereine war der Wille der Vereinsmitgliedschaft für die Stellungnahme des Vereins maßgebend.

Was mit politischen Mitteln nicht zu erreichen war, soll jetzt mit organisatorischen Mitteln durchgeführt werden. Was heißt hier Demokratie, was Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedschaft?

Um was geht es bei diesem Zwangsstatut?

Um nicht mehr und nicht weniger, als für alle Zeiten eine Stellungnahme der Vereine, der Mitglieder gegen den Bundesvorstand nach Kräften unmöglich zu machen.

Nach dem Vereinsgesetz bedürfen Veränderungen der einzelnen Bestimmungen der Beschlüsse aller Mitglieder.

Die Mitglieder haben nicht mehr das Recht, dagegen Stellung zu nehmen, der § 10 beraubt sie ihrer Rechte nicht nur dem Bundesvorstand gegenüber, nein, auch in ihrem eigenen Verein, und wenn auch 99 Prozent der Mitgliedschaft auf ihrem Boden stehen.

Was ist der politische Sinn dieses Versuchs der Instanzen, jeden eigenen Willen der Mitgliedschaft niederzuhalten? Der Bundesvorstand weiß, daß die Opposition, daß der Gedanke des Klassenkampfes in der Mitgliedschaft marschiert.

Scheidet, dann soll sie ihres in jahrzehntelanger Arbeit zusammengetragenen Vereinsvermögens beraubt werden.

Für alle Vereine, für alle Mitglieder, die ihr Selbstbestimmungsrecht sich wahren wollen, die sich das Recht einer eigenen Meinung nicht nehmen lassen wollen, kann es nur einen Weg geben:

Die Forderung des Bundesvorstandes ist abzulehnen!

Die Beschlüsse der Kreisvertreterkonferenzen sind sühnungslos. Sie verletzen gleichermäßen Ueberlieferung wie Inhalt des Gedankens der Arbeiterportbewegung.

Sport vom Sonntag Blauweiß-Siegeszug gestoppt Die Fußballspiele

Südost I - Blau-Weiß 3:1. Der Siegeszug der Blau-Weißen in Altdorf zum Stehen gebracht! Das dieses Spiel großes Interesse erweckt hatte, bewies die zahlreiche Zuschauermenge.

Freiheit I - 1921 I 3:0. Die reichlich 300 Zuschauer, die in Döwig erschienen waren, belamen ein durchaus werbendes Spiel zu sehen.

Sturm I - Halle I 3:1. Ein heißes Spiel wurde in Marienhöfen gezeigt. Bald steht es 2:0. Halle verliert dadurch den Mut nicht.

Bertha-Mannschaft I - Union I 3:2. Spannend von Anfang bis Ende war dieses Spiel. Durch ein Eigentor mußte Union den Sieg der Bertha-Mannschaft überlassen.

1924 I - VfR. I 3:1. VfR. verlor in der zweiten Hälfte des Spieles die Nerven, so daß der Schiedsrichter gezwungen war, kurz vor Schluß abzubrechen.

Stern I - Döwig 5:1. Auf dem Hardenberg-Sportplatz lieferte der Gruppenmeister ein großes Spiel und bereitete den Döwigern eine empfindliche Niederlage.

Rapid I - Bornhörs I 1:0. Knapp aber verdient ist dieser Sieg Rapids. Mit 0:0 werden die Seiten gewechselt.

VfL I - VfB. I 4:2. Schon der Anfang war überraschend, als der Halbrechts unverhofft zum 1:0 einwandte.

Interessante Ergebnisse bei den Handballern

7. Abt. - Ganda 9:2 (4:0). Vor zirka 200 Zuschauern fanden sich im Eigenpark 7. Abt. und Ganda im Freundschaftsspiel gegenüber.

Teilnehmert der in der Generalversammlung anwesenden Mitglieder erforderlich. Eine zielbewusste Opposition wird durch Auszeichnung dessen, was diese Forderung des Bundesvorstandes bedeutet, erreichen, daß das Spaltungsstatut des Bundes prompt und unerfüllt an ihn zurückgeht.

Ueber Ablehnung der neuen Statuten durch schlesische Vereine liegen bisher Berichte von der Freien Turnerschaft Schmiedeburg vor, die einstimmig beschloß, und der Wandjugend Breslau, die ebenfalls ihre Annahme ablehnte.

kurze Zeit, und das alle Verhältnis ist wieder hergestellt. Ganda läßt jetzt merklich im Tempo nach. Die Folge ist, daß die 7. Abteilung die Torzahl bis auf acht erhöht.

5. Abt. II - Tennis I 5:2 (2:2). Die Tennis-Abteilung, die nur mit neun Mann zur Stelle war, konnte bis zur Halbzeit der 5. Abteilungen einen fast ebenbürtigen Gegner abgeben.

Ohlau I - 1897 II 4:2. In einem vom Anfang bis zum Schluß schnell durchgeführten Spiel mußte 1897 II, die mit Erfolg antrat, sich von Ohlau geschlagen erkennen.

Stern I - Bratislawia I 10:1 (4:0). Zu einem völlig überlegenen Siege kam Stern. Schon bis Halbzeit konnten sie zu einem 4:0 gelangen.

Silesia-Riders I - 1897 I 4:2. Die gute Form der Silesen wurde am Sonntag in dem Spiele gegen 1897 aufs neue bestätigt. Der Halblinke Silesias bringt nach gutem Durchspiel seine Mannschaft durch unverhofften Schuß in Führung.

Schlesiens Meisterschaft im Mannschafts-Ringen

In den einzelnen Bezirken des Arbeiter-Athleten-Bundes des Kreises Schlesien stehen nun die Anwärter um die Kreismeisterschaften im Mannschaftsringen fest: Im 1. Bezirk, Breslau, nimmt in der A-Klasse die Freie Sportvereingung 1897 I und in der B-Klasse Sportvereingung Nordost II teil.

Das 2. Kreis-Wintersportfest verschoben

Infolge der im Gegendebirge ungünstigen Schneeverhältnisse wird das für den 2. Februar in Langenbielau ausgeschriebene 2. Kreis-Wintersportfest des 14. Kreises im Arbeiter-Turn- und -Sportbund voraussichtlich auf den 23. Februar verschoben werden.

Handball-Schiedsrichtervereinigung. Donnerstag 20 Uhr findet bei Hanke, Leuthenstraße, die Jahresversammlung statt. Anträge müssen bis zum 28. Januar in Händen des Obmannes W. Säger, Bunzlauer Straße 4, sein.

Freie Schwimmer Breslau e. V. Der im Kreisgebiet führende Schwimmverein Poseidon Breslau e. V. hat in seiner Hauptversammlung mit großer Mehrheit beschlossen, ab 1. Juli den Namen „Freie Schwimmer Breslau e. V.“ zu führen.

Lieben Sie Ihre Angehörigen? Welch sonderbare Frage! Und doch! Haben Sie schon daran gedacht, wieder richtig zu sparen? Nehmen Sie sich also ein Konto bei Ihrer Sparkasse und zahlen Sie Ihr Ersparnis dort ein. Dann erst können Sie mit Recht behaupten, daß Sie gut für Ihre Familie sorgen! Städt. Sparkasse zu Breslau



# Rund um den Erdball

## Emigrant als Millionenschwindler

Er erzählt Märchen von einer verbannten Gräfin

In Paris wurde der russische Emigrant Marcelle Ter-Mkopoff verhaftet, da er riesenhafte Millionenschwindereien begangen hat. Unter anderem hatte er die Witwe des ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Maurice Rouvier betrogen.

Um seine Betrügereien erfolgreich durchführen zu können, hatte er sich eine richtige Räubergeschichte ausgedacht. Die bösen Bolschewisten hätten eine gewisse Gräfin Ivanoffka nach Sibirien deportiert. Dort sei die vornehme Dame im Elend gestorben. Sie habe nun ihn und seine Nichte zu Universalerben ihres kolossalen Vermögens eingesetzt. Das Testament sei von einem Diener nach der Schweiz gebracht worden und ruhe dort in dem Tresor einer Bank. Der gleiche Diener habe dann internationale Wertpapiere und den alten Familieneschmud, zusammen im Werte von 100 Millionen Mark, in Amerika deponiert.

Leider sei nun seine Nichte verschwunden, und er selbst könne die Nischenerschaft nur gemeinsam mit ihr in Empfang

nehmen. Jetzt habe er herausgebracht, daß seine Nichte in einem Sowjetgefängnis dahinsieche. Um sie zu befreien, brauche man natürlich Geld.

Die Pariser vornehme Welt war von dieser Geschichte außerordentlich gerührt. Frau Rouvier und eine Reihe anderer Pariser Kapitalisten stellten dem weißgardistischen Schwindler Wechsel aus. Ter-Mkopoff versprach, diese Wechsel nicht in den Verkehr zu bringen, sondern sie nur der Schweizer Bank, wo das Testament aufbewahrt sei, als Sicherheit für weitere Vorkäufe vorzugeben.

Mkopoff dachte natürlich nicht im Traume daran, sein Versprechen zu halten. Er brachte die Wechsel in Verkehr und einer nach dem andern wurde nacheinander bei den Ausstellern präsentiert. Frau Rouvier soll im ganzen ungefähr eineinhalb Millionen Mark bezahlet.

Ter-Mkopoff behauptet jetzt, nachdem er verhaftet worden ist, von dieser mysteriösen Erbschaftsgeschichte keine Ahnung zu haben. Frau Rouvier hätte ihn beauftragt für ihre Rechnung Wertgegenstände zu verpfänden.



Raketentimmel Überall

Die Versuche, durch Raketen in Verbindung mit anderen Himmelskörpern zu treten, stecken heute noch in den allerersten Anfängen und führen zu ganz übereilten und phantastischen Experimenten, ohne zureichende wissenschaftliche Grundlagen. Der Drang, die „Menschen auf dem Mond“ an der „Kultur“ der alten Erde teilnehmen zu lassen, ist eben unüberwindbar. Unser Bild zeigt den tschechischen Ingenieur Ozonasek, der in der Umgebung von Prag eine Rakete nach dem Mond abschießen will.

## Den früheren Besitzer erschossen

Schwere Schießerei auf einem Gute bei Templin

Auf dem Gute Karolinenhof bei Hagleben im Kreis Templin spielte sich in der Nacht zum Freitag eine Schießerei ab, die zwei Opfer forderte.

Das Gut gehört der Witwe Eberhard, die es mit ihren zwei erwachsenen Söhnen bewirtschaftet. In der Nacht zu dem genannten Tage erschienen plötzlich drei Männer, die von der Witwe und ihren Söhnen die Herausgabe des Geldes verlangten. Die Söhne ergriffen ohne weiteres Bedenken ihre

Jagdgewehre und feuerten auf die Eindringlinge. Sie hatten so genau gezielt, daß sofort zwei von ihnen auf der Stelle tot zusammenbrachen.

Einer der Erschossenen ist der frühere Landwirt Paul Streck, von dem die Witwe Eberhard im Jahre 1920 die Wirtschaft — wahrscheinlich für einen Pappenstiel — gekauft hatte. Streck, der sich in Berlin niedergelassen hatte, ging es sehr schlecht, und er verlangte von der Landwirtin eine Nachzahlung. Es kam zur Klage und Streck wurde mit seinen Forderungen abgewiesen. Jetzt fasste er den Plan, sich an der Frau zu rächen. Er verabredete sich mit fünf Mann und einem Chauffeur, und die Gesellschaft fuhr nach Karolinenhof hinaus, wo ihr gepflanzter Raubzug ein so tragisches Ende fand.

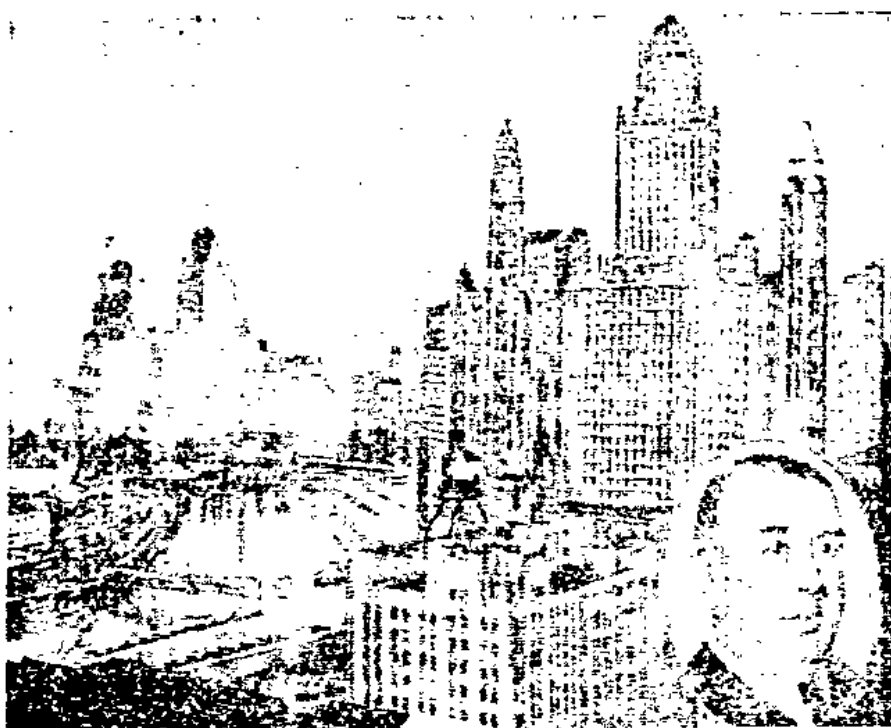
Der zweite Erschossene konnte noch nicht festgestellt werden. Die Polizei ermittelte im Laufe des Sonnabends noch weitere fünf Personen, die sich als Mütterler erwieisen. Außerdem handelt es sich meistens um kleine Handwerker und Arbeiter, die Streck zur Teilnahme überredet hatte. Sämtliche Personen wurden verhaftet.

Wenn auch das Unternehmen des Streck, der sich überverteilt glaubte, nicht gebilligt werden kann, so erscheint es doch recht zweifelhaft, ob die beiden Söhne der Besitzerin in Notwehr handelten, als sie die wohlgezielten Schüsse auf Streck und seine zwei Begleiter abgaben.

## 14 Jahre Zuchthaus

für den Millionenschwindler Satry

Wir berichteten kürzlich über den Prozeß gegen den englischen Millionenschwindler Satry, dessen Millionenbetrügereien Tausende von kleinen Leuten geschädigt hatten und dessen Verhaftung die Fiktion von Lottospiel und Wollen einführte. Satry war auch der Inhaber der Photomatron-Gesellschaft. Gehtern ist das Urteil gefällt worden. Es lautet auf 14 Jahre Zuchthaus. Bekanntlich wurde der Sohn des großen Sinnes, der das Reich um 2 Millionen geschädigt hat, in Berlin freigesprochen.



Das amerikanische Berlin

Die zweitgrößte Stadt Amerikas und drittgrößte der Welt, Chicago, ist durch die Miswirtschaft der Stadtverwaltung in außerordentliche Schmutzigkeiten geraten. Unser Bild zeigt das amerikanische Berlin und im Oval den Freund des verlassenen Börsen-Chicagoer Bürgermeister Thompson.

## Straßenbahnwagen prallt gegen ein Wohnhaus

Fünf Tote, 21 Verletzte

In Stettin sprang in der abschüssigen Kochstraße ein vollbesetzter Anhängerwagen der Straßenbahnlinie 6 aus den Schienen. Die Kupplung zerriss, und der Wagen stürzte auf den Bürgersteig und schlug dann mit voller Wucht gegen ein Wohnhaus. Der Wagen wurde vollkommen zusammengedrückt, wobei fünf Personen getötet und 21 schwer verletzt wurden. Es entstand sofort eine furchtbare Panik. Die Schreie der Eingesperrten und Jermalmten ertönten aus den Trümmern.

Die Direktion gibt bekannt, daß die Ursache des Unglücks noch nicht festgestellt sei. Natürlich wird wie immer die Schuld auf den Führer abgewälzt werden. Die Einwohner behaupten, daß die Stelle, wo der Wagen aus den Schienen sprang, seit jeher als gefährlich bekannt war. Die Straße ist hier außerordentlich abschüssig und bildet ein ziemlich scharfe Kurve.

## Greis in Kirchengruft

Zwanzig Tage eingeschlossen

Aus Wetherby bei Northshire in England wurde in einer Gruft unter der St. James-Kirche ein 66-jähriger Greis gefunden, der dort zwanzig Tage lang eingeschlossen war. Er heißt Thomas Speed und ist aus Oesterreich eingewandert. Da er ohne Nahrung und fast ohne Wasser diese drei Wochen dort zugebracht hat, wurde er in halb ohnmächtigen Zustände und bis auf die Knochen abgemagert, aufgefunden.

Nachdem er durch Stärkungsmittel wieder zum Bewußtsein gebracht worden war, gab er an, daß er in die Kirche gegangen sei, um sich zu wärmen. Im Keller sei er vor Hunger und Uebermüdung eingeschlafen. Weiteres wisse er nicht. Im Laufe der letzten Tage hatten Kinder davon erzählt, daß ein Mann im Kirchenteller liege. Man hatte ihnen jedoch nicht geglaubt, bis endlich eine Reparatur an der Heizung vorgenommen werden mußte. Der Arbeiter meldete, daß er ein sonderbares Klopfen gehört habe. Als daraufhin das Gemölde durchsucht wurde, fand man in einer verborgenen Gruft den halbverhungerten Greis.

Das einzige, was er die ganze Zeit zu sich genommen hat, war das Wasser, das von dem Rohr der Dampfheizung heruntertropfte.

## Der Befinnungsraum der Brüdergemeinde

Eine neue Revolte im Erziehungshaus

Die Brüdergemeinde Zoar unterhält in Rothenburg in der Lausitz eine Erziehungsanstalt, in der es am Freitag abend zu einer Revolte kam.

Die frommen Brüder scheinen ihr „Heim“ ganz im Stile der preussischen Zuchtanstalten eingerichtet zu haben. Es gibt hier einen sogenannten „Befinnungsraum“. Die Zelle, die diesen schönen Namen führt, ist vollkommen dunkel und derartig eng, daß sich der Eingesperrte kaum darin bewegen kann. Am Freitag abend sollte nun ein Jüngling vom Hausvater zum „Befinnung“ gebracht werden, da er sich angeblich widerständig gezeigt habe. Der Knabe weigerte sich jedoch und fand die Unterstützung anderer Jünglinge. Außerdem erhielten die Jugendlichen Verstärkung durch Jünglinge des in der Nähe gelegenen Hauses Wilhelmshof, die von außen eingedrungen waren.

Die empörten Augenblicke zwangen den Hausvater, den Jugendlichen wieder freizulassen. Schließlich wurde von dem stellvertretenden Direktor der Anstalt die Polizei herbeigeholt, die drei Jugendlichen verhaftete. Weitere „Ermittlungen“ sind im Gange.

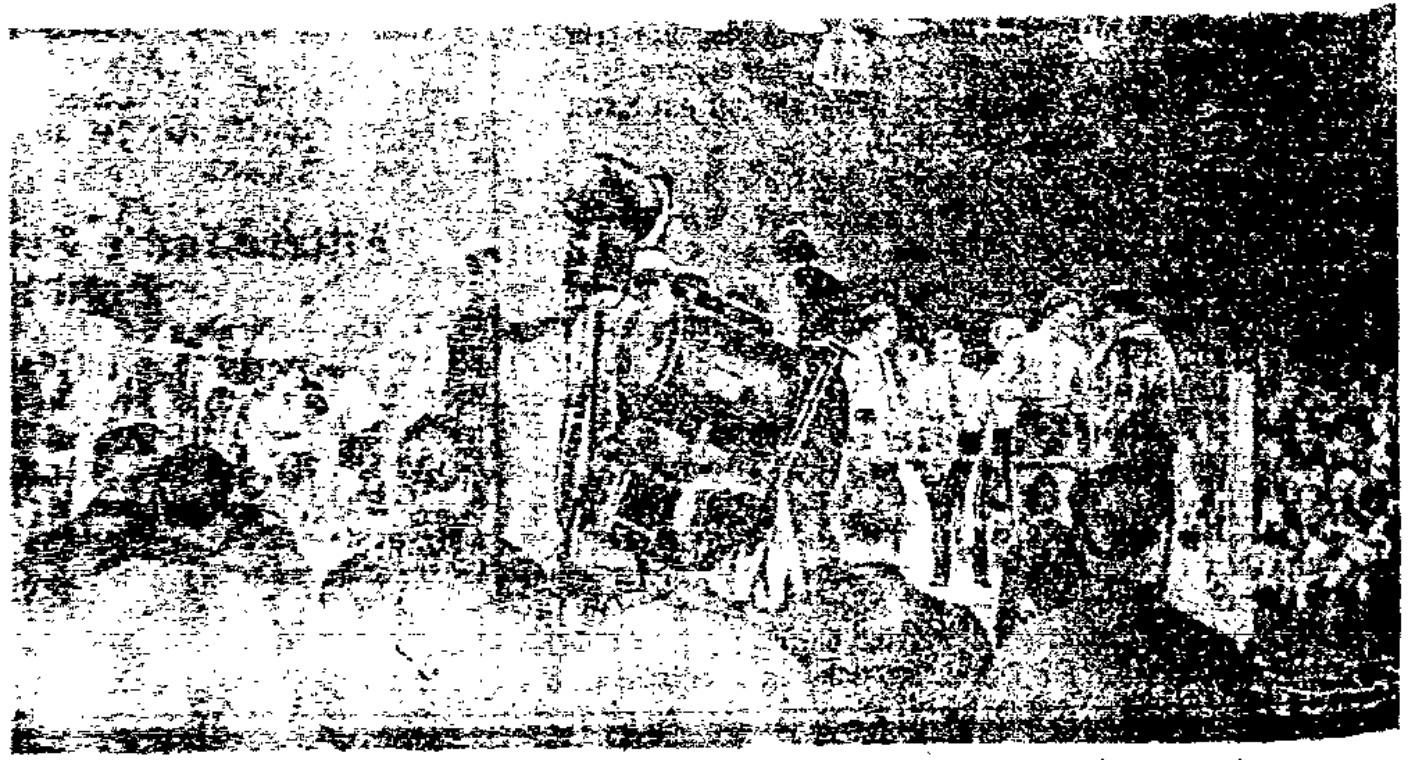
Die reaktionären Behörden werden natürlich wieder einmal die Ursache des Uebels an der falschen Stelle suchen. Bevor nicht eine grundsätzliche Veränderung des Erziehungs-systems eintritt, die erst nach dem Siege der Arbeiterklasse durchgeführt werden kann, wird es auch in den Erziehungsanstalten keine „Ruhe“ geben.

Wie wir nachträglich erfahren, sind in der Erziehungsanstalt Zoar, die aus den beiden Gebäuden Troas und Wilhelmshof besteht, neunzig Jünglinge im Alter von 14 bis

20 Jahren untergebracht. Schon seit längerer Zeit waren die Jugendlichen mit Beschwerden hervorgetreten und da die Anstaltsleitung nicht darauf reagierte, hatten sie sich an die vorgesetzten Behörden gewandt. Daraufhin hatte der Landesrat vor etwa vierzehn Tagen die Anstalt besucht und selbstverständlich keinen Grund zu den Beschwerden feststellen können.

## Schmeling bei für den Film

Unser Bild zeigt die bürgerliche Box-Königin Schmeling, wie er für den Film „Liebe im Ring“ holt. Der bürgerliche Sport ist heute, soweit er nicht aktiv im Dienste der Reaktion steht, eine reine Profit- und Klameangelegenheit, während die Arbeitersportler ihre sportliche Tätigkeit in der Dienst des Klassenkampfes stellen.





Umwandlung der Betriebswerke in eine Aktiengesellschaft

Über die Verhandlungen, die der Breslauer Oberbürgermeister in den letzten Tagen in Berlin geführt hat, werden hinlänglich einige Einzelheiten bekannt. Die wichtigste ist die, daß von Seiten der preussischen Regierung ein Kredit von 20 Millionen Mark für Breslau bewilligt werden soll, aber nur unter der Voraussetzung, daß die städtischen Betriebswerke — das sind die Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwerke und die Straßenbahn — in eine GmbH. umgewandelt werden. Die Aktien dieser GmbH. sollen, so wird wenigstens behauptet, reiflos in städtischem Besitz bleiben.

schiedenen anderen, bereits jetzt in Aktiengesellschaften umgewandelten städtischen Betrieben. Immer, wenn die kommunizistischen Stadtverordneten an diesen Kritik übten, wurde ihnen entgegen, „eine direkte Einführung würde die Kompetenz der Stadtverordnetenversammlung“.

Über noch etwas anderes ist dabei zu beachten. Wenn auch vorläufig abgelehnt wird, daß dem Privatkapital Aktien der neuen GmbH. abgetreten werden sollen, so widerlegt die „Schlesische Zeitung“ von gestern diese Beruhigungsbehauptung, indem sie wörtlich schreibt:

„Wenn man sich nicht die Beschaffung neuer Mittel für die Betriebswerke nicht gedacht wird, so ist das Ziel der Umwandlung, die Möglichkeit zu schaffen, eventuell durch Abgabe von Aktien Mittel für große Erweiterungen zu schaffen.“

Das ist deutlich. Vorläufig tut man so, als wäre die Umwandlung nur eine formale Angelegenheit, später aber wird man einen Teil der städtischen Werke nach dem anderen an die Privatwirtschaft ausliefern. (Es ist doch bezeichnend, daß sämtliche bürgerlichen Blätter von gestern dem Plan begünstigt.)

Trotz 42000 Wohnungsuchenden, stehen 125 Wohnungen leer!

Mieterstreit in Zimpel beschlossen

Die Folgen der wahnwitzigen Mietenpolitik der Siedlungsgesellschaft

Breslau, 27. Januar.

Gestern fand in der Siedlung Zimpel eine Abstimmung der im November und Dezember zugezogenen Mieter statt. Es wurden 165 Stimmen für Streit und nur eine Dagegen abgegeben. Damit haben sich mehr als drei Viertel aller Mieter für den Mietersreit ausgesprochen.

Im Oktober und November vorigen Jahres wurden in der Siedlung Zimpel 325 Wohnungen fertiggestellt. Größtenteils waren es Zweizimmerwohnungen; doch befanden sich auch solche zu anderthalb, zu zweieinhalb und mehr Zimmern darunter. Bei der herrschenden Wohnungsnot waren die neuen Wohnungen naturgemäß im Handumdrehen vergeben. Nach der Mietsbefragung, während von der Siedlungsgesellschaft entweder ungenaue Angaben gemacht oder aber die normalen Sätze genannt. Dann aber geschah das Unerhörte. Wenige Tage vor dem Einzug wurde einem Teil der betreffenden Familien mitgeteilt, daß die Mietsbedeutend höher sein würde als in den alten Wohnungen. Einem anderen Teil der Mieter wurde diese Mitteilung erst direkt beim Einzug gemacht.

Kann der Widerstand der Wohnungspolitik der Stadt Breslau, überhaupt der kapitalistischen Wohnungspolitik, besser bewiesen werden als durch die von uns angeführten Tatsachen? Wir haben in Breslau circa 42000 Wohnungsuchende. 7000 von ihnen sind zum großen Teil seit Jahren beim Wohnungsamt „dringend“ vorgemerkt. Man kann sagen, fast die Hälfte aller Breslauer Einwohner haust in gesundheitsschädlichen, menschenunwürdigen Höhlen. Zur gleichen Zeit aber stehen hunderte von Wohnungen, mit Mitteln der Allgemeinheit errichtet, leer, weil eine vollkommen unfähige Stadtverwaltung eine Mietenpolitik betreibt, die einfach provokatorisch ist. Man muß den Leiter der Siedlungsgesellschaft, Stadtrat Fuchs, bloß einmal gehört haben, mit welcher Arroganz sich dieser in einer schönen Wohnung befindliche, mit einem hohen Einkommen versehene Herr über die Klagen der Siedlungsmieter hinwegsetzt. Ihm droht ja keine Emmission. Er vegetiert ja nicht in licht- und luftlosen Räumen dahin. Er fährt auf unsere Kosten sein gutes Leben. Er hat es ja so leicht, auf alle Forderungen der Mieter sein kurzes „Kommt gar nicht in Frage“ zu quarten. Und diesen Herrn stützt der Magistrat. Vor den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten!

und einigen jagt erst, nachdem sie bereits die neuen Wohnungen bezogen hatten.

Unter den Wohnungsuchenden brach ein Sturm der Empörung los. Diejenigen, die durch einen, man möchte sagen glücklichen Zufall, noch die Mietsbefragung hatten, bevor sie ihre bisherige Wohnung aufgeben, zogen daraufhin überhaupt nicht ein. Jede aber, die schon draußen in Zimpel waren als sie die hohen Mietsätze zu hören bekamen, wollten wieder in ihre alten Wohnungen, soweit sie solche besaßen, zurück. Das aber wurde vom Wohnungsamt, dem die Wohnungen bei Bezug von Siedlungswohnungen abgetreten werden müssen, abgelehnt. Zum Teil waren in diesen Wohnungen bereits neue Mieter.

Die Mietssteigerungen betragen 45 Prozent bei den Dreizehnzimmernwohnungen und 40 Prozent bei den Zweieinhalbzimmernwohnungen. Selbst für die kleinste Wohnung wurde die Miets um ungefähr 10 Mark gesteigert. Für die größeren Wohnungen (Dreieinhalbzimmer) beträgt die Miets jetzt 100 Mark monatlich.

Diese Mietsätze sind natürlich nur von Beglückten tragbar. Aber danach fragt der Magistrat, der die Aktienmehrheit in der Siedlungsgesellschaft hat, nicht. Es gibt nicht viel Mieter gegenwärtig in Zimpel, die weniger als ein Viertel ihres Monatslohns für Miets ausgeben müssen. Besonders schmerzt es natürlich die mit dem ganz kleinen Einkommen. Die Mieter haben deshalb, nachdem alle Vorstellungen beim Magistrat nichts nützten,

nachdem der bereits vor vielen Monaten in der Stadtverordnetenversammlung gefasste kommunizistische Antrag auf Mietsenkung um 20 Prozent immer wieder verschleppt worden war, beschlossen, in den Mietersreit zu treten.

d. h. sie wollen nicht mehr Miets bezahlen, wie allgemein in Zimpel gezahlt wird. (Auch das ist noch ein laum erschwinglicher Betrag.) Gestern Sonntag vormittag hat eine Streik-Abstimmung der betroffenen Siedler stattgefunden, deren Ergebnis unsere Leser weiter oben finden.

Aber noch eine andere Folge hat die handstößige Mietenpolitik der Siedlungsgesellschaft gehabt. Trotz allen Bemühens, neue Mieter zu finden,

haben gegenwärtig von den 325 Gebäuden vorigen Jahres fertiggestellter Wohnungen heute immer noch 125 leer.

Sie sind den zahlreicheren, bei der Siedlungsgesellschaft vorgemerkten Bewerbern angeboten worden; ohne Erfolg. Nur einige wenige, die infolge hohen Einkommens diese wahnwitzigen Miets aufbringen können, greifen an. Und so wie in Zimpel ist es auch in anderen Siedlungen. Es wird uns gemeldet, daß unter anderem auch im Siedlungsblock Charlottentrafé — überhaupt in den städtischen Siedlungen — sehr viel beziehbare Wohnungen leer stehen. In der Arbeiter-Siedlung Eschenschlag zeigt sich ein ähnliches Bild. Wenn auch dort zwar alle Wohnungen besetzt sind, so sind doch aber schon heute, wenige Monate nach der Fertigstellung der Siedlung, mehrere hundert Bewohner nicht mehr in der Lage, die Miets aufzubringen.

Wie sind sie schuldlos gelieben und jetzt schwebt täglich das Damoklesschwert der Ermittelung über ihren Köpfen.

Wisslung der Miets nach dem Einkommen wird auch dafür gefordert, daß diese Wohnungen von Arbeitern besetzt werden können. Auch bei uns in Deutschland wird sich das Wohnungsproblem nicht auf kapitalistische, sondern nur auf „sozialistische“, d. h. proletarische Weise lösen lassen.

Staatsgefährliches Grinsen

Als am Freitagmorgen ein Arbeiter an der Markthalle Markt ein Plak einen Freund begegnete, begrüßte er diesen mit „Rot Front“. Zufälligerweise kam in diesem Augenblick ein hoher Dienst befindlicher Stpo vorbei, der den Mann hörte, wie er mit dem gefürchteten Slira-Koch an die beiden Arbeiter wandte: „Wartet! Sie nicht, das „Rot Front“ zu sagen, verbotener ist.“ Das wollten nun die beiden Protestler natürlich nicht, sondern ihre Namen von dem eifrigen Rekrutenschreiber notieren wollten.

Das wird ja immer schöner! Man kann sich denken, daß die Sozialisten in ihren Beamten noch an die Seiten der Arbeiter, wo sie darüber wachen müssen, ob dem einen oder anderen nicht etwa im Traume ein „Staatsgefährliches“ Wort entfährt. Die Leute, wenn in unserer hochstufenreichen Republik der Welt die Gesetze geschrieben werden, wie man zu verstehen hat, h. h. heute es sich zwischen SPD und Zentrum doch sehr gut verhalten, daß sich dem Tage der Einführung des Reichstagsgesetzes an der deutsche Nationalparlamentarismus „Gelobt sei Jesus Christus“ ist?

Durch Gas getötet

Das Opfer eines Unglücksfalles wurde der 57jährige Ingenieur Hugo Klein in seiner Wohnung Tauentzienstraße 25. Klein war schon seit mehreren Tagen nicht mehr gesehen worden. Da zu beständig war, daß Klein ein Unglück zugestoßen sei, entsandte die Polizei am Freitagabend einen Beamten nach der Tauentzienstraße. Nachdem auf wiederholtes Klopfen und Klingeln niemand öffnete, drang der Beamte gewaltsam in die Wohnung ein. Im Herrenzimmer und Schlafzimmer entdeckte das elektrische Licht. Sogar der Hundsunlautsprecher war noch in Betrieb. Sämtliche Räume waren mit Gas angefüllt. Wie die Ermittlungen ergaben, hatte sich der Unschlücksfall von der mit Gas betriebenen Heizanlage her abgespielt. Der Gasbehälter stand auf Klein selbst, der tot im Schlaf auf seinem Bett. Der Zustand der Leiche ließ darauf schließen, daß der Tod schon seit mehreren Tagen eingetreten war.

Heute abend liest Ludwig Renn

aus eigenen Werken bei der um 20.15 Uhr beginnenden Veranstaltung der „Ma“ im Hubertusaal, Friedrich-Wilhelm-Str. 35. Außerdem wirken mit: Walo Seering, Vera Göppel, Josef Reim, Ernst Kiefer und der Regisseur Lindberg (Händler von den Vereinigten Theatern). Diese lesen aus Werken von Paul Körner, G. W. Plötz, Larissa Reichner, Erich Weisner, Konrad Süßmeyer, Alexander Klotz, Kurt Hiller, Johannes H. W. W. u. a. m. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Eintritt 40 Pfennige.

Selbstmorde

Erhängt aufgefunden wurde der Maurerlehrling Max A. in seiner Wohnung auf der Ottostraße. — Am Sonnabend wurde der Student Hans R. erschossen aufgefunden. Die Leiche kam in die Anatomie. — Im Kloster der Barmherzigen Brüder verhaftet der Wirtschaftsbote Max R. aus Waldenborf, der sich in selbstmörderischer Absicht einen Kopfschlag beibrachte. Heute Nacht verfuhr sich die Hausangestellte Charlotte H. in ihrer Wohnung Feldstraße mit Gas zu vergiften. Sie wurde in das Allgemeinespitals eingeliefert.

Die Kurse der Marxistischen Arbeiterschule

werden diese Woche fortgesetzt. Mittwoch 20 Uhr Studienrat Kuz. Lander-Berlin über „Historischer Materialismus und Methoden“ im „Lening“, Malberstraße 10, und Donnerstag 20 Uhr Dr. Dunder-Berlin über „Grundlagen des Marxismus“ im „Artikulgarten“, Neue Gasse 25. In beiden Kursen wird der Stoff des ersten Abend wiederholt. Hörgeschäft 30 Pfg., Erwerbsscheine und Jugendliche 20 Pfg.

Einem gefährlichen Spott, der leicht jemandem das Leben kosten konnte, leistete sich ein unbekannter Schläger, der am Sonnabend in eine Wohnung auf der Wallstraße mit einem Leuchtmittel hineinschloß und das gleiche einen Tag später am Wäldchen im Gruntpfad 22 wiederholte. Hier wurde die Kugel aus einer Schußwaffe unbekannter Art abgefeuert.

Zeugen gesucht. Der Arbeiter Georg Gülich, Fürstent. 18, bittet um Zeugen, die sich am 21. Juli vorigen Jahres anlässlich des Frauentreffens nicht im Garten zur Erholung während der Zusammenstöße mit der Polizei aufgehalten haben.

„Revolution in der Küche“

(Hausfrauenkorrespondenz)

„Haus, Hof, Garten“ ist eine schon illustrierte Wochenzeitung der „Deutschen Tagesblätter“ zur Pflege von Wissenschaft, Bekämpfung der Intelligenz, des Fortschritts und des nach der neuesten Mode eingerichteten „trauten Heims“. Die technischen Errungenschaften der Naturwissenschaft haben sich hier Bahn unter den neulichen Lebensbedingungen: „Triffst Du getraut dich?“ oder „Rund um den Wasserschlauch“.

Hier, Praterstraße, kannst du hören, wie rückständig du noch bist. Du mußt deine Lebensführung verbessern. Weißt du nicht, daß die Geschliffene die Kunst überwindende Angelegenheit ist, und daß du sie jedem Haushalt eine moderne elektrische Kaffeemaschine gibst? Wenn sie dich auch einen Wochenlohn kostet, dann wird dir die Eucharistie um so besser schmecken. Ebenso geistig deine Kochmaschine schon lange im Mittelalter. Zeitgemäß ist nur der freistehende, rundherum zugängliche elektrische Herd, der den nicht zu unterschätzenden Vorteil hat, daß du von allen Seiten vergebens nach den Fleckbroden in der Suppe suchst kannst.

Du wägst dein Geschick mit der Hand? Darum hast du noch nicht einen modernen Spülkäse mit Warmwasserapparat? Dein Rücken wird kränken, deine Hände rot und wund vom Waschen der Hände. Dann kauf' doch eine selbsttätig funktionierende elektrische Waschmaschine. Deine Familie muß zwar einen ganzen Monat fasten, um das Geld hierfür aufzubringen, aber was willst du, Frau, gegen

luten sind modern. Einige Optimisten meinen, die Zeit verläuft, bis die elektrische Maschine bezahlt ist. Wenn du nun keine Maschine zum Waschen besitzt, nun, dann hungert du noch ein, zwei Monate.

Die vielen unter dem Namen „Revolution in der Küche“ angepöbelten Erfindungen und Apparate, die gerade die Proletarierfrau bedrängt, kommen ausschließlich einer Klasse von Frauen zugute, deren Hauptbeschäftigung es ist, alle Hände, Arbeit und Aufmerksamkeit von sich abzuwenden. Ihre Hauptbeschäftigung ist raffinierter, die Maschinen werden Mittel zu verführerischer Ausbeutung, denn Anna, das Küchenmädchen, muß mit der Handmühle arbeiten.

Die Proletarierfrauen stehen weiter am „altmodischen“ Kochherd, am Wasserschlauch. Im Einklang mit dem Dohn der Bürgerpflicht. Außerdem hat die herrschende Klasse ein Interesse daran, daß den Frauen und Müttern des Proletariats politische Fäden, Fäden, Fäden, Fäden und Wasserschlauch keine Zeit bleibt. Beschäftigung konnte die Frauen zur Erkenntnis ihrer Klassenlage bringen, zur politischen Selbstbestimmung und zur Stärkung der revolutionären Frauenbewegung. Darum schließt man sie von dem Welt jetzt und tritt sie zurück. Man muß sie mehr und mehr aus der Küche entfernen. Bevor nicht die Klassenverhältnisse geändert sind und die technische Revolution zur politischen wird, bleiben diese die Frau vom Druck der häuslichen Kleinarbeit befreitenden, der Welt ein wenig mehr der Angehörigen der herrschenden Klasse.



# Waldenburger Bergland

## J.D. Nieder-Salzbrunn tritt für unerschwingliche Mieten ein

Die letzte Gemeindevorstellung in Nieder-Salzbrunn wies einen überfüllten Zuschauerraum auf. Es waren 16 Punkte zu behandeln. Ein Pächtervertrag für das zweite Hofstallhaus wurde genehmigt. Ueber die Steuerverteilung der Gaszentrale soll ein Einpruchsvorschlag eingebracht werden. Der Antrag der Feuerwehr auf Ergänzung von Einrichtungen wurde zurückgestellt. Ein Antrag auf Abschluß von einem Erbbaupachtvertrag betraf wiederum Marie Anstalt. Sie will die Parzelle hinter dem Grundstück erwerben, um sich ein Haus zu bauen. Dieses wurde abgelehnt. Von dem Stand der Gemeindefinanzen und der Uebersicht im Haushaltsplan wurde Kenntnis genommen. Die Gemeinde hat eine Schuldenlast von 94 000 Mark. Der ablehnende Bescheid des Darlehens vom Kreisrat für Wohnschuldenhilfe wurde zur Kenntnis genommen. Genosse Bartisch beantragte das Einspruchsrecht beim Bezirksausschuß geltend zu machen. Das wurde mit den Stimmen der SPD. und den Bürgerlichen abgelehnt. Zur Festsetzung der Mieten im ersten Hofstallhaus wurde vom Genossen Bartisch beantragt, den Quadratmeter mit 7 Mark zu beschätzen. Das wurde abgelehnt und die Mieten wie folgt beschlossen: die Dauer des Mietvertrages gilt 5 Jahre, die ersten zwei Jahre (Quadratmeter 8 Mark) beträgt die Miete 88 Mark, die letzten drei Jahre (Quadratmeter 8,50 Mark) 40,50 Mark. Unter kleineren Vorlagen war die interessanteste das Unglück des Feuerwehrautos.

Auf die Anfrage des Genossen Bartisch, was diese Fahrt nach Schweidnitz vorstelle, ob Lehungs-, Probe- oder Dienstfahrt, erhielt er keine Antwort. Das Auto gehört der Gemeinde, die Aufsichtsperson der Gemeinde kann keinen Ausschlag geben! Die Reparatur nach einem eingeforderten Kostenschlag kostet 800 Mark. Gemeinde bezieht für Erwerbssloje wird dafür eine Beihilfe vom Kreisratsschuß verlangt!

## Freiburg

### Unerschüt

U. R. In der letzten Erwerbslosenversammlung brachte eine Arbeiterin einen Vortrag zur Sprache, der heftige Empörung auslöste. Das Wohlfahrtsamt hatte an die Wohlfahrtsrentenempfänger eine Aufforderung ergehen lassen, sich Arbeit zu besorgen. Eine Frau sprach dem Sekretär des Wohlfahrtsamtes, Klinka, den Schein zurück mit dem Bemerkten, daß sie keine Arbeit bekomme, weil sie zu schwach sei. Darauf ihr der seine Sekretär antwortete: Sie waren ja für Ihren Mann nicht zu schwach, also wird es auch jetzt gehen. Das sagte ihr ausgerechnet ein Mann, der auf seinem Stuhl zum Plagen fett geworden ist. Wie wäre es denn, wenn er einmal einem ausdauernden Proleten Platz machen würde und selbst einmal von der Wohlfahrtsrente lebte, er hat ja genug zum zusehen.

## Schweidnitz

Arbeiter-Bildung. Organisationen und Genossen, welche Interesse an Auslandsfrage verbunden mit Gefinnungsgenossen haben, werden um Angabe ihrer Adresse ersucht (sowas Vermittlung der Briefe durch Eideranto). — Vergleichen können sich auch Teilnehmer zu Lesungen für Weltsprache Esperanto und Volks-Stenographie abends melden bei Gen. Siegert, Herrenstraße 22 (Schweidnitz).

Von den „Freidenkern“. Am 23. Januar hielt die hiesige Zählstelle der Freidenker ihre Jahresversammlung ab. Der Jahres- und Rechenschaftsbericht wurde gegeben. Die Kasse wurde in Ordnung befunden. Der Bestand betrug 130 auf 225 Mark (Gesamtvermögen). Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 219 auf 256 Personen. Die Vorstandswahl ergab wiederum bis auf den ersten Vorsitzenden. Dieses Amt übernahm Reinhold Fianke.

## Königszell

Eine öffentliche Gemeindevorstellung findet am Dienstag, dem 28. Januar, 20 Uhr, im Gemeindebüro statt.

## Landeshut

Leben. Bürgerlich-Sozialdemokratische Einheitsfront. Die letzte Stadtverordnetenversammlung war sehr stark besucht. Auf der Tagesordnung standen nur die Wahlen des Vorstehers und der Kommissionen. Vorschläge machten lediglich das Zentrum und der Renegat Streders. Dieser schlug den Sozialisten Richter vor. Bei der Wahlentscheidung stimmten zwei Sozialdemokraten für die Zentrumskräfte, so daß diese auch gewählt wurde. Die Wähler Streders, durchaus einen Sozialisten zum Vorsteher zu wählen, war also danebengegangen.

— Landagitation. Am vorletzten Sonntag marschierte ein Trupp unserer Genossen nach Lindenan. Sie konnten feststellen, daß die Landarbeiter und Heimen Landwirte die neu erschienene Dorfzeitung gerne lausen. Wir werden die Landarbeit verstärkt fortsetzen.

## Jauer

### Die Erwerbslosen Kampfgeschloffen

In Jauer fand eine Erwerbslosenversammlung statt. Genosse Kobenz sprach über die gegenwärtige Lage und zeigte an Hand von Beispielen, wie die Arbeiter infolge der sozialdemokratischen Politik immer tieferer Verfallung entgegengehen. Er erklärte ferner, daß es jetzt an jedem einzelnen liegt, gegen die Verfallung zu kämpfen. Einige Diskussionsteilnehmer schilderten, wie die Erwerbslosen gegen die Erwerbslosen vorgehen. Es wurden zwei Resolutionen einstimmig angenommen, eine gegen die Brutalität der Polizei, die zweite fordert Anerkennung des Erwerbslosenanspruches durch das Wohlfahrtsamt und den Magistrat. Anschließend wurden drei Delegierte, darunter eine Frau, zum Gewerkschaftsausschuß der revolutionären Gewerkschaftsopposition gewählt.

## Bolkowhain

### Staatsanwalt, hören Sie?

In der Nacht von Montag auf Dienstag wollte der Schneidermeister Böhm aus Kauer mit seinem Kade von Bolkowhain nach Hause fahren. Böhm war wohl in angetrunkenen Zustande gewesen und ist bei dem Sturm, der in der Nacht tobte, auf der Jauer Straße zu Fall gekommen. In völlig bewußtlosem Zustande traf ihn der Schieferer Klinka an und befreite ihn aus seiner Lage. Genosse Hiller, der zur selben Zeit des Weges kam, war ebenfalls. Klinka ging, um andere Hilfe zu holen, und Genosse Hiller machte die dem Verunglückten. Nach 20 Minuten kam er mit dem Nachwachmannen Prützky und einem Hundewagen zurück. Prützky ordnete an, daß der Mann in das Armenhaus in die Zelle gebracht würde. Das geschah. In der Zelle erfuhr Genosse Hiller den Beamteten, doch

einen Arzt zu holen, da dem Verunglückten Blut aus der Nase und dem Munde gelaufen war und er nur ein Köcheln als Lebenszeichen von sich gab. Der Beamte weigerte sich, ja er machte sogar nicht einmal Feuer in dem Ofen, damit die Zelle

angewärmt wurde. Erst am andern Morgen um 8 Uhr sah er noch, und als Böhm immer noch in dem Zustand war, schickte der Beamte nach einem Arzt. Böhm wurde ins Krankenhaus geschafft, mochte mit 13 um 3 Uhr, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, verstarb. Der Arzt stellte einen Schädelbruch fest. Was geschah mit die Behörde gegen diesen nachlässigen Beamten zu tun?

# Wählt oppositionelle Vertrauensleute und Betriebsräte!

## Die Landeshuter Zimmerer in ihrer Mehrheit für die Opposition

Bei der am Sonntag vorgenommenen Wahl der Ortsleitung war es möglich, trotz Erscheins des Gauleiters Schmidt, Breslau und des Gewerkschaftsangehörten aus Waldenburg (ersterer versuchte mit allen Mitteln, die Kollegen zu beeinflussen), mit großer Mehrheit die Kollegen der Opposition in die Leitung zu wählen. Das Vorgehen der Gewerkschaftsbürokratie gegen die Opposition (Breslau und andere Orte), die Befestigung der Demokratie in den gewerkschaftlichen Organisationen, hat auch hier die Kollegen zur Abwehr auf den Plan gerufen. Das gleiche ist auch

von der einige Tage vorher stattgefundenen Generalversammlung des Baugewerksbundes zu berichten. Auch hier blieben die Reformisten mit ihrem Anhang in der Minorität. Die Schwerekräfte, die bereits früher schon durch Bezirksleitung und Hauptvorstand gegen die Wahl oppositionell gesinnter Kollegen gemacht wurden, haben auch die Bauarbeiter nicht beeinflussen können. Kollegen der anderen Berufs, macht es nach, gibt den Saboteuren des gewerkschaftlichen Kampfes die einzig richtige Antwort: Wählt oppositionelle Vertrauensleute und Betriebsräte!

# Niederschlesien

## Polizeifreud Schulz gerichtet

U. R. Am Donnerstag stand der Genosse Kleint-Görlich wegen „Hausfriedensbruch“ und „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ vor dem Gericht. Im August vorigen Jahres fand im Konzertsaal eine vom ADGB. einberufene Protestversammlung gegen die Saisonarbeitergesetzgebung statt. Während die Oberbezogen im Reichstags- dem Besetze zur Annahme verhalten, wurde der Protest der Saisonarbeiter wider der Drogen Erwartung so stark, daß es Bonge Schulz übernahm, diese Empörung in ein sanftes Wasser umzuwandeln. Er betrat diese Versammlung ein, sorgte aber dafür, daß in dieser freigewerkschaftlichen Versammlung

hinter dem Bühnenvorhang eine große Anzahl Schupo unter dem Kommando des Oberleutnant Jarosch postiert wurden.

Die Empörung der Versammlung war ungeheuer. Genosse Kleint versuchte von der Bühne zur Geschäftsordnung zu sprechen. Polizeifreud Schulz, der seine Schurkerei durchschaut sah, stieg wutentbrannt den Genossen Kleint die Bühne hinunter. Im Verlaufe der Versammlung ließ Knecht Schulz einen Gewerkschaftler nach dem andern aus der Versammlung hinauswerfen. Auch auf den Genossen Kleint stürzten sich vier bis fünf Schupos auf Geheiß von Schulz und zerrten ihn aus dem Saale.

Schulz mußte sich vor Gericht vom Genossen Kleint belehren lassen, daß er Betriebsrat, seit Jahren organisiert sowie Funktionär seines Verbandes sei. Darauf zog Schulz die Anklage wegen Hausfriedensbruch zurück. Die Anklage wegen Widerstand wurde jedoch aufrechterhalten. — Denn schließlich war es ein Kommunist, der vor Gericht stand, der der mußte unter allen Umständen bestraft werden. Mit zwanzig Mark Geldstrafe war der „Berechtigleit“ Genüge getan.

Vor der gesamten Arbeiterschaft steht der ADGB-Polizeifreud Schulz als moralisch verurteilt da. Die Arbeiterschaft wird immer mehr erkennen, daß sie in die Reihen der Gewerkschaftsopposition gehört und gemeinsam den Kampf gegen die Sozialfaschisten zu führen hat.

## Görlitz

### Fünfzehn Morde im niederschlesischen Regierungsbezirk

Im Jahre 1929 wurden im Regierungsbezirk Liegnitz 15 Morde verübt, wie aus einer neuen Statistik hervorgeht. Von den 15 Mordfällen verübten 2 Selbstmord. In vier Fällen war der Täter der Polizei von vornherein bekannt; in sechs Fällen war eine Auffklärung nicht möglich. Weiter wurden 8 Mordversuche, 3 Totschlagsversuche, 53 Raubüberfälle und 6 Raubversuche festgestellt. Bei den Eigentumsverbrechen ist eine ständige Zunahme zu verzeichnen. Auch die Brandstiftungen sind zahlenmäßig in der Zunahme begriffen. Das Inhaberkommando wurde im Regierungsbezirk 8mal alarmiert.

Die Flucht aus dem Leben... Zu der Heiligengrabsfrage verurteilte sich ein 30-jähriges Fräulein mit Leuchtgas. Wiederbelebungsversuche waren erfolgreich. Die Lebensmüde wurde ins Krankenhaus übergeführt.

## Ordnung

### Rationalisierungstempe bei der Firma Jander!

U. R. Wie überall, glaubt sich auch die Firma Suder gezwungen, neue Rationalisierungsmethoden zur Vergroßerung des Profites anzuwenden. Bisher war es möglich, durch die Geschlossenheit der Belegschaft das Anfeuern der Firma, Arbeiter zu entlassen, zurückzuweisen. Die ungeheure Profitgier, die Herr Suder zum Ausdruck brachte, indem er erklärte, daß er kein Interesse an der Produktion habe, wenn die Profitrate nicht im Voraus gesichert ist, brachte es mit sich, daß die Belegschaft bereits seit zwei Jahren verläßt arbeitet. Mit dem Vorwand, daß bei der Durchführung der Forderungen der Belegschaft in Bezug auf die Einteilung der Kurzarbeit an vom Betriebsrat bestimmten hintereinanderliegenden Tagen der Betrieb unrentabel wäre, glaubt die Firma, die Arbeiterentlassungen begründet zu haben. Durch Kurzarbeit und Arbeiterentlassungen wird die Lebenshaltung der Belegschaft ungeheuer herabgedrückt. Auf der anderen Seite sehen wir erhöhten Profit, erhöhten Luxus, Jagdschlösser, Mittelmeerreisen und großartige Parkanlagen. Arbeiter, dies alles aus erren Knochen! Schließt euch zusammen, organisiert den Kampf für zwischenmenschliche Solidarität. Nehmt Stellung in den Betrieben zum Begriffsloger der revolutionären Gewerkschaftsopposition am 8. und 9. Februar in Breslau.

## Bunzlau

### Gewissenlose Ausbeutung von Armut und Krankheit

In denen, die von Rot und Elend leben, scheint auch der vierzigjährige Reisende Max Christ aus Klischendorf zu gehören. Im letzten Jahre erschien er in den verschiedensten Orten Schlesiens bei armen und kranken alten Leuten, Männern und Frauen, gab sich als Vertreter eines Arztes, als „Studierter“, als Homöopath, als gewählter Revisor aus. Den Kranken sah er dann in die Augen, „erlaunte“ ihre Krankheiten fort und verdrück ihnen jeweils ten e. Turen, die bis zu 770 Mark kosten sollten. In allen Fällen verlangte

# Niederschlesien

## Polizeifreud Schulz gerichtet

er Anzahlungen, die er auch bis zur Höhe von 40 Mark erhielt, da er den Kranken „freie Behandlung“ durch einen regelmäßig vorbeikommenden Arzt und ähnliches versprochen. Nachdem er die Anzahlungen bekommen hatte, verschwand er und veranlaßte nur noch verschleierte Firmen, seinen Opfern Heilmittel gegen Nachnahmen zu senden, für die er dann wieder Provision bis zu 50 Prozent einforderte. Vor dem erweiterten Liegnitzer Schöffengericht, vor dem er sich nun zu verantworten hatte, spielte er den Unschuldigen, erhielt aber trotzdem wegen fortgesetzten Betruges 9 Monate Gefängnis. Von der Anklage der Urkundenfälschung wurde er freigesprochen. Wegen der gleichen Schwindelnummer hatte er bereits vom Glogauer Gericht 6 Monate Gefängnis erhalten.

## Hahnau

### Wie mit Krankenlängengeldern umgegangen...

U. R. Bekanntlich wurde von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hahnau in der Gartenstraße ein neues Grundstück erworben und dort das öffentliche Kassenbüro errichtet. Zu dem Ausbau der neuen Büroräume wurde vom Vertreter-Ausschuß der O.K. die Genehmigung auf Befestigung einer Durchgangswand gefordert. Dies wurde vom Ausschuß bewilligt. Der Herr Rentant K. I gab sich damit aber noch nicht zufrieden, sondern bestellte einen Architekten, ließ den offenen Balkon zu einer geschlossenen Veranda umbauen. — Dieses alles, ohne sich vom Ausschuß die Genehmigung geben zu lassen. Aber dieser Herr K. I kennt ja seine Freunde im Ausschuß, welche alle aus Parteialiberalität mit ihm durch die und blühen gehen, gleichviel, ob die Mitglieder der Krankenkasse den Schäden tragen. Denn letzten Endes müssen diese doch die Lasten in Form von erhöhten Beiträgen tragen.

## Liegnitz

### Mit 46 Jahren schon „zu alt“

Bei der Möbelfabrik Junge Nachfolger war bisher außer den Stiften noch ein verheirateter Tischler beschäftigt. Dieser ist 46 Jahre alt, war organisiert und erhielt Tariflohn von 96 Pfg. Das war aber jetzt der Firma „zuviel“ und der Mann wurde entlassen, angeblich auch, weil er zu alt ist. Die Firma stellte daraufhin zwei ledige Tischler ein, die nicht organisiert sind und die für 50 Pfg. pro Stunde arbeiten. Nun aber das schönste. Als der organisierte Kollege zu seiner Gewerkschaft kam, um sich Rat zu holen, erklärte ihm der Angestellte Tischler:

Kollege, geh nur arbeiten, und zwar auf Mord, und wenn Du halt nicht auf Deinen Lohn kommst, so launst Du ja zu mir kommen und wir werden gegen die Firma klagen. Holzarbeiter, hier könnt ihr wieder sehen, mit welchen Kampfmethoden diese Herren Reformisten arbeiten. Auf der einen Seite schreibt man „Mord ist Mord“ und dabei hält der Vorstand die Kollegen zum Mord an.

## Immer neue Zahlungseinstellungen

Die Geschäftszusammenbrüche und Zahlungseinstellungen mehrten sich in Liegnitz schlagartig. Wieder werden zwei aufsehenerregende Zahlungseinstellungen gemeldet. Die seit etwa 20 Jahren bestehende Landmaschinenfabrik Karl Bauer, Mauerstraße, und die Kaufstoffgroßhandlung Paul Hartmann, Glogauer Straße 35/39, haben ihre Zahlungen eingestellt.

## Lüben

### Das sind Deutschlands Erneuerer

Am Sonntag wurde der Steinauer Straße wohnhafte Klose verhaftet, der dabei erappt wurde, als er sich an seiner 15 Jahre alten Stieftochter verging. Das Mädchen rief laut um Hilfe, wodurch die Nachbarn aufmerksam wurden. Klose wurde ins Liegnitzer Gefängnis eingeliefert. Erwähnenswert, daß Klose einer der am eifrigsten nach „Deutschlands jülicher Erneuerung“ rufender Stahlhelmer ist. So sehen diese Helden aus.

## Aus dem Riesengebirge

Wieder ein tödliches Motorradunglück. Auf der Chaussee zwischen Warmbrunn und Gotschdorf stieß nachts ein Motorrad mit einem angeblich unbeachteten Pferdegepäck aus Reibnitz zusammen. Der Führer des Motorrads, Helmut Jahn aus Gotschdorf, wurde auf die Straße geschleudert und erlitt einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er verstarb. Sein auf dem Sojus mitfahrender Bruder, der schwere Beinverletzungen erlitt, mußte ebenfalls ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Noch ein Todesopfer der Erdmannsdorfer Berggiftungstragödie. Die Erdmannsdorfer Berggiftungstragödie hat noch ein Todesopfer gefordert. Die Witwe Schwerdtner, die Großmutter der beiden schon tot aufgefundenen Kinder, ist jetzt auch gestorben. Der Tod der drei Personen ist auf Kohlenoxydgasvergiftung zurückzuführen.

Von einem kützenden Ast erschlagen. Als Stellenbesitzer August Geißler aus Tiefhartmannsdorf mit seinem 18 Jahre alten Sohn einen Kirchbaum rodet, schlug dem jungen Geißler ein Ast so unglücklich gegen den Kopf, daß er sofort ins Krankenhaus geschickt werden mußte. Hier verstarb er kurz nach seiner Einlieferung. Der Unfall ist besonders tragisch, da die Eltern schon zwei Kinder im Alter von acht und zehn Jahren verloren haben.



# „Französische“ Zonenübererungen

Sowohl man aus den Besprechungen über die hinter ver- schiedenen Zonen geführten Verhandlungen erfahren kann, liegt vorläufig im Mittelpunkt der Debatte eine französische Anwesenheit über die zünftige Schicksale der französischen Zonen. Die französische Delegation hat schon in mehreren Fällen auf der Eröffnungssitzung in allen folgenden Verhandlungen betont, daß sie auf einer festen Basis bestehen müssen, wenn man ihr nicht ein erhöhtes Maß von Freiheit belassen will. D. h. wenn nicht England sich zum Abschluß eines Abkommens mit Frankreich zwingen läßt, die französische Mittelmeerregionen bereit erklärt. Begehrlicher Weise muß man englischerseits eine solche Bindung zu vermeiden — und in diesem der französischen Imperialismus Verhängnis sein. Die französische Delegation hat in der Form, daß eine Behauptung der Schiffs- tonnage nur für die Zonen als ganze, nicht aber für die einzelnen Wirtschaftszonen zugeordnet wird. Frankreich würde auf diese Weise die Möglichkeit haben, im Rahmen seines fest- gesetzten Melanotonnage eine größere Zahl von großen Dampfer- schiffen zu bauen und könnte dabei unter Umständen an die England durch Amerika zugeordnete Zahl von 16 großen Kreuzern nicht heranlangen. Das wäre wiederum für Eng- land, dessen Flotte über alle Meere zerstreut ist — ein un- behaglicher Zustand und könnte zu höheren englischen Forderungen führen, an denen wiederum die englischamerikanische Ver- bindung scheitern könnte. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß der französische Vorschlag keine Hintergründe hat — eben- so, wie die französische Marine, das (da es aus finanziellen Gründen einen Wettlauf mit Frankreich nicht aushalten könnte) in „Abhängigkeit“ steht und bei gleicher Stärke der französischen und japanischen Flotte möglichst niedrige absolute Zahlen vor- schlägt. Dieser dem „Kaisers“ Auswärtigen, mit denen diese Vorkonferenzen beginnen, stehen die großen Gegensätze des englischen und amerikanischen Imperialismus, die — wie sich schon leicht zeigt — durch die langen Vorverhandlungen und ihre „Besprechungen“ leicht übersehen, aber in keiner Weise be- hoben wurden.

# „Dammert euch um die Kampfzähnen der KPD.“

## Die Leningrad Arbeiterchaft an das deutsche Proletariat

Leningrad, 25. Januar. Die Arbeiterchaft verfolgt mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland.

Im Wärsinger Stadtteil von Leningrad wurde in einer großen Versammlung eine Begründungsurkunde an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands be- schlossen, worin es heißt:

„Mit Spannung verfolgen wir euren Kampf und eure Kämpfe mit den Kapitalisten und ihren Agenten, die die Sowjetunion bedrohen.“

Sozialdemokraten, fordern euch heraus, vereinigt euch mit den Arbeitern, werfen euch in die Kämpfe und kämpft gegen die Sozialdemokraten. Die Sowjetunion ist die einzige Kraft, die den Kampf gegen die Sozialdemokraten führt. Die Sowjetunion ist die einzige Kraft, die den Kampf gegen die Sozialdemokraten führt. Die Sowjetunion ist die einzige Kraft, die den Kampf gegen die Sozialdemokraten führt.

Die Leningrader Proletariat geloben der Sowjetunion die besten Unterstützung in ihrem tapferen Kampf.

# Erwerbslosensturm in Graudenz

## Steinbombardement gegen billudistis Polizeifolaten

Graudenz, 25. Januar. Infolge Stilllegungen zahl- reicher Betriebe ist in der letzten Zeit die Arbeitslosigkeit auf- gehöht gestiegen. Täglich finden Kundgebungen der hungernden Erwerbslosen statt, die an Macht und Schärfe ständig zunehmen. Gestern wurde ein großes Polizeigebäude gegen die Erwerbslosen eingeleitet. Die Polizisten wurden mit Steinen beworfen. Mehrere Polizisten sind verletzt. Die Polizei mußte sich zurückziehen. Darauf schickte Feuerwehr an, die die Demonstranten mit Wasserstrahlen beschaltete.

Am Nachmittag sammelten sich die in den durchgehenden Streikenden Erwerbslosen jedoch wieder in der Nähe des Polizeibüros. Die Polizei ging wieder mit blanker Waffe vor und verlegte einige Demonstranten.

Der Oberbürgermeister Dr. Blodet mußte vor der Wut der Hungernden flüchten. Er ließ sich durch ein starkes Polizeigebäude aus seinem Schlafzimmer, einer Apotheke, retten.

geleitete Befeuerung der Bevölkerung ab 1. Januar. In der- selben die Bevölkerung eines Gebietes. Die Bevölkerung wurde außerhalb des von der Regierung geschlossenen und ab- hängigen Gebietes ermöglicht. Die Polizei, Gendarmerie und Wache sei bereits vor einigen Monaten aufgenommen worden und die Gesellschaft habe bereits erhebliche Kosten dieser Getreidearten verkauft. Vor kurzem sei auch die Weizen- und Roggenausfuhr aufgenommen worden, wobei die bereits er- folgte Erweiterung der Herbstausfuhr und die bevor- stehende noch erhebliche Ausfuhr der Getreidearten. Eine weitere Entlastung der Getreideausfuhr gelassen werde. Die Wiederaufnahme der Getreideausfuhr aus der Sowjetunion werde von den ausländischen Verkäufern günstig aufgenommen. Die erste Getreideausfuhr seien zu verhältniß- mäßig guten Preisen gefügt worden.

# Die IAB. für die streikenden australischen Bergarbeiter

Der australische Bergarbeiterstreik geht mit unveränderter Kraft weiter und hat größere Arbeiterkräfte mit in den Kampf hineingezogen. Zusammen mit den Streikenden demonstrieren die Arbeiter für die Durchführung der Streikforderungen und für Auszahlung der Unterzahlungen. Eisenbahner und Transportarbeiter sind in Solidaritätsstreiks getreten.

Die sogenannte „Arbeiter-Regierung“ aber, die auf Seiten des Kapitals steht, hat starke Polizei- und Militärverbände mit Maschinengewehren und Tränengas gegen die kämpfende Arbeiterchaft eingesetzt. In der gesamten Industrie sind jetzt Lohnsenkungen und Verschlechterungen der Arbeitszeit- bedingungen angeordnet worden. Der Bergarbeiterstreik ge- winnt dabei eine große politische Bedeutung als Vorzeichen gegen die wachsende Reaktion des Kapitals und als Zeichen einer revolutionären Entwicklung der Arbeiterklasse dieses bisherigen Mutterlandes aller Arbeitgemeinschaften.

Den Arbeitern, die ihr Koalitionsrecht ausüben, werden die Lebensmittelunterstützungen entzogen. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, die sich zum Vorschein erst an die Spitze des Streiks stellte, muß jetzt diese ernsthafte Situation zur Verschärfung des Zwangselichtungswegens zwecks Abwägung künftiger Arbeitskämpfe aus.

Die australische Arbeiterchaft, die in dem Kampf gegen die Unternehmer und gegen die mit diesen verbündete Arbeiter- regierung und sozialfaschistische Bürokratie eingetreten ist, beansprucht mit Recht internationale proletarische Solidarität.

Das IAB. der IAB. hat daher auf Wunsch der australischen Sektion ihre überseeischen Sektionen aufgefordert, dem helden- mütigen Kampf der australischen Arbeiter jede mögliche Hilfe angedeihen zu lassen und internationale Solidarität zu üben.

Der Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe.

# Indische Bauern verweigern Steuerzahlung

London, 25. Januar. Nach Meldungen aus Bombay haben die Bauern im Staat Kathiawar (Ost- indien), aus Aufrichte empört über die Schikane der Behörden, die Zahlung sämtlicher Steuern ver- weigert. Die Führer der Steuerstreikbewegung wurden ver- haftet, mußten aber unter dem Druck der rebellierenden Bauern wieder freigelassen werden.

# Sowjetrussisches Getreide in Deutschland

Königsberg, 25. Januar. Vor einigen Tagen trafen hier nach längerer Unterbrechung die ersten Waggonladungen Ge- treide aus der Sowjetunion ein.

W. B. Maslow, 24. Januar. Saltanoff, Direktions- vorstehender der Getreideexport U. S., erklärte einem Vertreter der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion, die Wieder- aufnahme der Getreideausfuhr sei das Ergebnis der Maß- nahmen zum Wiederaufbau der Landwirtschaft, die die Er- füllung des Jahresplanes im Laufe eines halben Jahres mit einem Uberschuß von 4 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahre zur Folge hatten. Infolgedessen sei nicht allein eine

# Textilarbeiter im Ausland

Paris, 25. Januar. In Belfort ist ein Textilarbeiter- kampfangesprochen. Seit zwei Tagen streiken in einer großen Weiberei 5000 Mann von 6000 Mann Beschäftigten um eine Lohnforderung. Der Kampf hat bereits auf zwei Wä- sendfabriken übergegriffen.

# 42 rumänische Kommunisten verurteilt

Massenproteste gegen das Urteil

Cernowitz, 24. Januar. 42 rumänische Kommunisten wurden wegen revolutionärer Tätigkeit zu Gefängnisstrafen von drei Wochen bis zu drei Jahren verurteilt. Beim Urteil des Urteils machten die Genossen Juchaczewski und Langen die Internationale.

Nach Bekanntwerden des Urteils kam es in der Stadt zu gewaltigen Demonstrationen der Arbeiterchaft und Studenten. Erst nach militärischer Abriegelung der Straßen um das Ge- richtsgebäude konnten die Demonstranten abgehängt werden. Militär- und Polizeipatrouillen durchstreifen auf der Straße nach Demonstranten die ganze Stadt.

Der mexikanische Gesandte hat sich der Aufforderung seiner Regierung, Moskau zu verlassen, widersetzt. Die mexikanische Regierung hat darauf dem Gesandtschaftsmitglied für die übrigen Personal Anweisung erteilt, das Land zu verlassen.



Rudolf sprang die acht Stufen, die zu Pietats Keller- wohnung führten, mit einem Satz hinunter. Dann rief er die Tür auf und rief in die dunkle Öffnung: „Otto, komm raus!“ „Otto kann nicht kommen“, erscholl aus dem Innern Frau Pietats trübende Stimme, „wenn die wat willst von ihm, komm rein.“ Rudolf trat zögernd ein. Nein, Otto konnte wirklich nicht kommen, er sah im Hemde auf einer umgestülpten Ritze und bohrte sich mit dem Finger in der Nase herum. Seine Mutter sah vor der Petroleumlampe und verhielte seine Nase noch einmal zu kopieren. Rudolf setzte sich auf die Matratze, die am Boden lag und sagte: „Da komm' nämlich zwei Bullen und een Grüner die Straße ruff, wer weck, wem die abhol'n. Sa wollte jerne mit Otton mitjehe.“ „Was sagste?“ Frau Pietat ließ die Nase aus ihren Händen lassen. Ihr Erschrecken war ein so süßes, daß die Jungen sie erstaunt anblickten. Zwei Bullen, was ist schon dabei, die komm' jeden Tag hier in die Häuser. Da brauch man doch nicht so zu er- schrecken. Wo der Alf' regelmäßig nach Arbeit geht Frau Pietat hatte sich bereits gefügt. Sie lachte kurz und hob die Nase wieder auf. Aber in ihrem Vahen lag irgendwie ein gequälter und zergangener Unterton. „Wer weck, wem die abhol'n.“ wiederholte sie nachdenklich Rudolfs Worte. Otto schlüpfte in seine gestülpten Hosen. „Reiß mit hoch nich den langen Arsch wieder mit einmal entzwee.“ teilte sie ihm an.

Schon wieder ganz die gewöhnliche Frau Pietat. Dann jagte sie die beiden Jungen hinaus. Sie hatten beide kaum die Hälfte des kleinen Hofes über- quert, als Rudolf plötzlich stehen blieb und Otto am Arm zurückdrückte. „Da komm' se.“ Durch den Flur des Vorderhauses kamen drei Männer, davon war der erste in Uniform. „Kommt einmal her!“ rief er zu Rudolf und Otto, und die Jungen gehorchten. „Wo wohnt hier eine Frau Pietat?“ wandte er sich an Rudolf. Rudolf hatte eine instinktive Scheu vor allem, was un- formiert war. Und vor diesen drei großen Herren, die vor ihm standen, im besonderen. Die haben Hinfelmans Erwin und Karl Schönlein und Emma Richter auch abgeholt und Karl war derjenige, den alle Leute am besten leiden konnten. Das alles fühlte er blühn, da er vor ihnen stand, aber der Sprecher hatte eben eine Uniform an und die bedeutete: Antwort auf seine Frage geben und gehorchen. Die anderen beiden, mit den steifen Hüten, hielten sich etwas abseits. Rudolfs nackter Fuß schürte intensiv über den glatten Steinboden und seine Augen waren während dieser Verlegen- heitsgeste auf die blanken Stiefel des Polizisten gerichtet. „Frau Pietat? Ja — nein“, flötete er, „hier — wo Frau Pietat?“ fragte er noch einmal eifrig. „Frau Pietat is meine Mutter“, trompetete jetzt Otto los, „die wohnt hier im Keller.“ Er wies mit ausgestreckter Hand dorthin. „Gut“, sagte der Grüne, und die drei Männer flogen die acht Kellerstufen hinab. Die Tür wurde ihnen aufgemacht, sie traten ein. Den Augenblick, welchen die Polizeibeamten den Hof be- treten hatten, waren die Fenster voller Weiber, die sich un- geniert in Vermutungen ausließen. „Jetzt is se dran“, sagte die Walschkinin schadenfroh und grinsend. Und zwei, drei grinsten schadenfroh mit. „Ja, sie hat lang schon dabei vadient“, erzählte die Wal- schkinin weiter, „sieh neulich hat se doch die Krügerin jeholten. Weck der Deibel, wer se verpiffen hat.“

Vor der Kellerwohnung stand ein Haufen Schuttungen. Otto war mit einemmal der Held des Tages. „Det sind richtige Detektive“, erklärte er, und alle Jungen starrten ihn schürchswoll an. Plötzlich wurde die Kellertür geöffnet und Frau Pietat rief ihn mit verfürtem Gesicht hinein. Rudolf wußte nicht, warum die Polizei bei Pietats war. In das Hinterhaus kamen sie des öfteren; aber meist nur zum palnischen Franz. Und als er jetzt zuhörte, wie sich zwei Frauen- ergähten und dabei die Worte „Rippen“ und „Ausstragen“ fielen, verstand er noch weniger. Die Frauen jagten ihn davon; da fühlte er, daß es etwas mit dem Geheimnis des Rinderkriegs und der Natur über zu tun hatte. Jetzt wurde die Kellertür geöffnet. Heraus traten die drei Beamten und Frau Pietat. Frau Pietat hatte sich ein altmodisches Sackel angezogen und einen Hut aufgesetzt. Alle vier überquerten den Hof. Frau Pietats Augen waren hart auf die Erde gerichtet. Die Frauen in den Fenstern hatten alle bedauernde und mit- leidige Gesichter. Auch die Walschkinin. Jetzt, als sie sahen, daß die Polizisten mit Frau Pietat in der Mitte davongingen, schlug ihre Genugung um. Jetzt fühlten sie, daß Frau Pietat zu ihnen gehörte. Aber jetzt war es zu spät. Rudolf stieg die Kellertreppe hinab. Sein Freund sah auf der schmutzigen Matratze und schüttelte den Kopf. „Meine Alte kommt int Gefängnis“, wunderte er. Die Petroleumlampe flackerte unruhig. Rudolf konnte ihn noch nicht einmal trösten. Auf dem wackligen Tisch lag ein Brief. „An meinen Mann“ war kräftlich darauf geschrieben. Der war für den alten Pietat, wenn er den Arbeit- lichen Rudolf sah neben Otto auf die Matratze. Was sollte er nur sagen? Es war so müßig hier drin. Das kam von dem schmutzigen Wänden. Trotdem die Lämpel brannte, waren die Wände und drinnen war heller Tag. (Fortsetzung folgt)



